



A 10940  
POSTVERTRIEBSSTÜCK  
ENTGELT BEZAHLT

**GRÜNE LIGA** Netzwerk  
Ökologischer  
Bewegungen

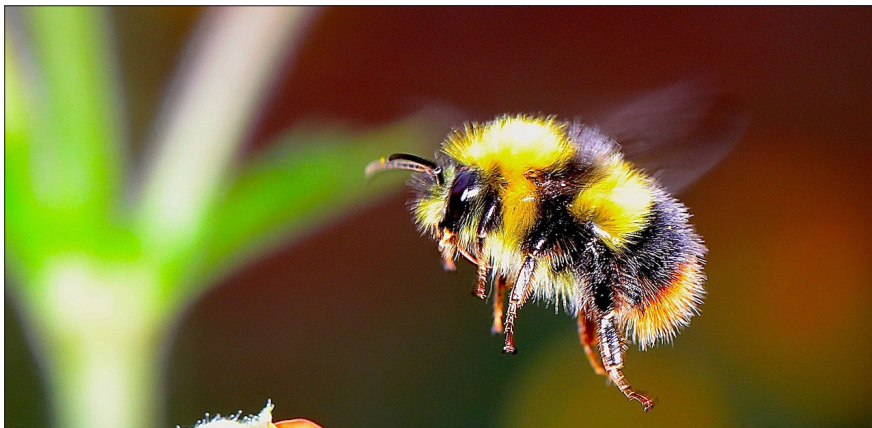
LIGA LIBELL 173

28. MAI 2019

GRÜNE LIGA BRANDENBURG

## Artenvielfalt retten – Zukunft sichern

Deine Stimme für den Erhalt von Brandenburgs Artenvielfalt



Eine Hummel im Flug

Foto: [www.pixabay.com](http://www.pixabay.com)

Die Artenvielfalt schwindet – auch in Brandenburg. Blühende Pflanzen sind von Äckern, Wiesen und Weiden nahezu verschwunden und damit die Lebensgrundlage der Insekten. Die Zahl der Wildbienen, Hummeln, Schmetterlinge und Käfer nimmt Jahr für Jahr ab. Sie fehlen somit in der Nahrungskette vieler Tiere und uns als wichtige Bestäuber für eine gesicherte Lebensmittelproduktion. Mit der Volksinitiative „Artenvielfalt schützen – Zukunft sichern“ wollen wir in Brandenburg die Weichen stellen für eine Politik zum Schutz der Lebensgrundlagen. Eine naturverträgliche Landwirtschaft heißt, Boden, Wasser,

Klima, Biodiversität und Landschaft zu schützen - wir wollen, dass Landwirte dabei unterstützt werden. Dafür wollen wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen.

In einem Gesetzentwurf werden folgende Punkte gefordert:

### **Pestizidverbot in Schutzgebieten**

Der Pestizid-Einsatz muss in Naturschutz- und FFH-Gebieten verboten werden, um wertvolle Lebensräume für gefährdete Tier- und Pflanzenarten zu erhalten!

### **Landeseigene Flächen naturverträglich bewirtschaften**

Brandenburg soll seine landwirtschaftlichen Flächen an Öko-Betriebe ver-

pachten!

**10 Meter breite Gewässerrandstreifen**  
Randstreifen an Gräben, Bächen und Kleingewässern verringern wirksam Einträge von Pestiziden und Düngemitteln und schützen Gewässer und Böden!

### **EU- und Landesgelder für eine am Gemeinwohl orientierte naturnahe Landwirtschaft**

Agrarsubventionen (in Brandenburg jedes Jahr bis zu 500 Millionen Euro) müssen umwelt- und klimagerecht u. a. für Blühflächen, Hecken und artenreiches Grünland eingesetzt und Landwirte für den Mehraufwand entlohnt werden! Das Land muss den Ökolandbau fördern und den Pestizideinsatz deutlich verringern.

### **Weniger Pestizide, Lichtverschmutzung und Flächenverbrauch**

Das Land muss sich für pestizidfreie Kommunen, eine Minderung der Lichtverschmutzung und eine nachhaltige Siedlungsentwicklung einsetzen.

### **Wer kann unterschreiben?**

Unterschriftsberechtigt sind alle Einwohner Brandenburgs ab 16 Jahren.

### **weitere Informationen unter:**

[www.artenvielfalt-brandenburg.de](http://www.artenvielfalt-brandenburg.de)

Instagram: @artenvielfaltBB

Twitter: @artenvielfaltBB

Facebook: @artenvielfalt.brandenburg

STREIK FÜR KIMA! **« AKTUELLES < AKTUELLES > AKTUELLES »**

Wir sind **AM 16. JUNI 2019 FINDET AB 14 UHR DIE POTSDAM-FOR-FUTURE DEMO STATT.**

**START: SCHILLERPLATZ (BAHNHOF CHARLOTTENHOF) ZIEL: ALTER MARKT**

[www.fridayforfuture.de](http://www.fridayforfuture.de)



# Europawahl 2019

Am 26. Mai 2019 war die Europawahl. Ist die für Umweltschützer wichtig? Man hört so Einiges. Ganz links und ganz rechts sind sie sich in der Einschätzung fast einig: Das Ding muss weg, dient nur „dem globalisiertem Kapital“ bzw. „der globalisierten Elite“, „die Werktätigen“ bzw. „das Volk“ werden nur von „Bürokraten“ „ausgebeutet“ oder „entmündigt“ – was man so als Feindbild am Rande der politischen Landschaft hat. Aber auch viele Ökostöhnen auf: „Die Umwelt wird der neoliberalen Ideologie der Europäischen Kommission geopfert“ – hört sich auch nicht toll an. Und hat dieses Parlament denn überhaupt seinen Namen verdient, wo es keine eigenen Gesetze erlassen darf und auch die „Regierung“ der EU nicht wählt? Ist das nicht eine Art Riesen-Volkskammer mit Zirkusappeal? Hat vielleicht nicht die AfD Recht, wenn sie das auflösen will?

Fangen wir mal von vorne an. Ursprungsidee waren die „Vereinigten Staaten von Europa“, welche die zwei

Weltkriege miteinander führenden Staaten Europas vereinen sollten, um nie wieder Kriege möglich zu machen. Da so etwas seine Zeit braucht und zwischen 1945 und 1950 erst einmal das Lebensnotwendige wiederhergestellt werden musste, dauerte es mit ersten Schritten zur (aufgrund des Kalten Krieges nur west-) europäischen Zusammenarbeit bis in die 1950er Jahre. Zu Beginn definierte man drei besonders dringende Bedürfnisse und fokussierte auf die Energie- (EURATOM) und Montanindustrie sowie die Ernährung. Die später gegründete Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) hatte die Aufgabe einheitliche Wirtschaftsstandards zu schaffen. Dort klagte z. B. die Logistikbranche ihr Leid, dass krumme Gurken und Bananen zu hohen Leerstand im Karton führten, also gab es die berühmte Bananenrichtlinie, welche heute gern als Musterbeispiel für unsinnige Bürokratie genannt wird. Während gut bezahlte Bürokraten sich um solche Dinge kümmerten, wurde erst die Berliner Mauer geöffnet und drei Jahre später brutale Kriege auf dem Balkan geführt, wo Frankreich und England die Serben unterstützten, damit Deutschland über seinen Ex-Verbündeten Kroatien nicht zu mächtig auf dem Balkan werde. Danach wurde endlich erkannt, dass Europa sich auch politisch einig werden muss – die EWG wurde zur EU und das bisherige „Abnackergremium“ Europaparlament bekam mehr Mitspracherechte. Das Problem: Im Gegensatz zur „deutschen Einheit“ schuf man mit dem Euro eine Gemeinschaftswährung ohne zuvor Steuer-, Wirtschafts-, Sozial- und Umweltgesetze zu vereinheitlichen. Die Folgen sind bekannt.

So weit, so schlecht. Nun gibt es ständig Konflikte über die Umsetzung europäischer Gesetze („Richtlinien“). Diese werden von der Kommission entsprechend den Vorgaben des Rates erarbeitet. Der „Europäische Rat“ besteht aus einem Vorsitzenden und den Regierungschefs bzw. zuständigen Ministern der Mitgliedsländer. Wenn also eine Regierung bzw. ein Minister etwas im eigenen Land nicht durchsetzen kann (oder will), trifft er sich mit seinen Kollegen im Rat, bekommt dann das Gewünschte

(oder auch nicht) und erklärt dann, man könne nichts machen, „Brüssel“ habe so entschieden. Typisches Beispiel: Immer wieder kommen Radfahrer unter LKW-Räder und zu Tode, weil der Fahrer sie nicht wahrnimmt. Die Verkehrsminister Ramsauer, Dobrindt und Scheuer erzählen uns immer wieder die Mär, sie würden gerne Abbiegeassistenten vorschreiben, doch leider könne man nichts tun, „weil Brüssel das verboten hat.“ Stimmt nicht! Es gibt Länder in Europa, die das unbedingt wollen und sich im Rat gegen u. a. deutsche Vertreter nicht durchsetzen können, weil man dann der heiligen Autoindustrie noch mehr „bürokratische Auflagen“ machen müsste. Also gibt es keine EU-Regelung zum Thema – jedes Land kann machen, was es will. Das wollen die CSU-Minister aber nicht zugeben, also wird der Schwarze Peter nach Brüssel geschoben und sich gewundert, wenn EU-feindliche Populisten immer mehr Zulauf bekommen. Denn das machen fast alle Verantwortlichen so. Haben sie aber über die EU etwas erreicht, wird das nicht gesagt, sondern der eigenen Größe zugeschrieben. Freut die EU-Feinde genauso.

Diese Ratssitzungen sind offenbar ein einziges Gemauschel. Nun kommt da oft Unsinn heraus. Aber: Es gibt auch gute Ergebnisse, denn auch die Umweltminister benutzen den Rat, um ihre Anliegen über „Brüssel“ voranzubringen. Die derzeit diskutierten Fahrverbote für Dieselfahrzeuge haben ihren Ursprung in einer EU-Richtlinie zur Feinstaubbelastung. Europäisches Naturschutz-

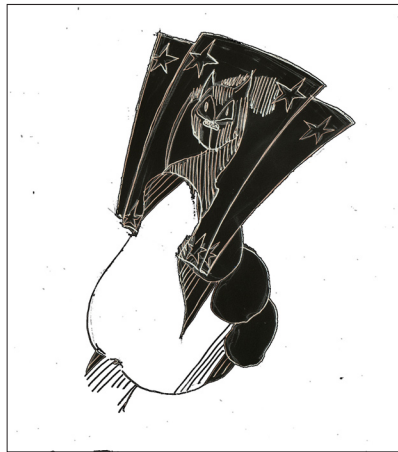


Foto: [www.pixabay.com](http://www.pixabay.com)

INHALT	
SEITE 1	Artenvielfalt retten Zukunft sichern
SEITE 2	Europawahl 2019
SEITE 3	Das Attac-Urteil
SEITE 5	Super-GAU statt Völkerfrieden?
SEITE 6	Petition Tempolimit
SEITE 8	Saatgutschätze retten, Vielfalt nutzen
SEITE 9	Ostfriesische Palmen im Garten?
SEITE 10	Humus ist Leben
SEITE 16	Klima auf der Kippe
SEITE 20	Reform der Grundsteuer
SEITE 22	Werner Domain

recht setzt Maßstäbe, hinter die auch ein Brandenburger Umweltminister Vogelsänger und die durch ihn vertretenen Lobbygruppen nicht zurückkönnen. Deutschland muss seit neuestem Strafge­d­ler von fast einer Million Euro täglich zahlen, weil Niedersachsen nicht genug FFH-Flächen unter Schutz gestellt hat. Insider berichten, dass unter der Stolpe-Schönbohm-Regierung ausgerechnet die CDU-Justizministerin Barbara Richstein immer wieder dem Umweltminister Wolfgang Birthler beisprang, weil sie in Brüssel mitbekam, welche Folgen ähnliche Versäumnisse für Brandenburg haben könnten. Die EU-Wasserrahmenrichtlinie schafft derzeit ebenfalls viel Druck auf unwillige Landwirtschafts- und Umweltpolitiker. Die EU ist ein zwielichtiges Gebilde, aber eine Ebene, wo zu kämpfen sich für Ökos allemal lohnt.

Schizophren ist dann aber, wenn Umweltschützer sich mit Hilfe des EU-Rechts gegen unsinnige Bauprojekte wie die Waldschlösschenbrücke wehren und zumindest juristisch Erfolge erzielen (bestimmte Projekte werden nun nicht mehr so lax durchgewunken, wie in Dresden geschehen) – sich dann aber einer Partei anschließen, die genau diese EU wieder zu einem Verein zur Festlegung von Gurkenkrümmungen zurückentwickeln wollen. Genauso unsinnig ist es, „direkte Demokratie“ und Volkswahl des Bundespräsidenten, aber gleichzeitig die Auflösung des EU-Parlaments zu fordern, damit die Gurkenkrümmungsspezialisten und Glyphosat-Fans ungestört ihrer „Arbeit“ nachgehen können. Als ob es wichtiger



Der Schwarze Peter wird wieder nach „Brüssel“ geschoben

Karikatur: Kathrin Fahrenz

ist, wer die Weihnachtsansprache im Fernsehen hält, die sich sowieso kaum einer anhört... Richtiger wäre, das EU-Parlament noch mächtiger in der Auseinandersetzung mit Kommission und Rat zu machen.

Das würde freilich bedeuten, dass die Mitgliedsländer, auch Deutschland, noch mehr Macht abgeben müssten. Da gibt es Bedenken. Beispiel: Bestimmte Tier- und Pflanzenarten stehen unter dem Schutz der EU. In Deutschland gibt es vor allem Debatten um Wolf, Kormoran und Biber. Diese kommen in manchen Ländern oft vor, anderswo sind sie ausgestorben oder kehren langsam zurück. Während wir uns in der Öffentlichkeit wegen dieser Arten und die durch sie verursachte Schäden rechtfertigen müssen, sterben Dutzende andere einstige Allerweltsarten aus, weil intensive Landwirtschaft, Zersiedelung und Zerschneidung von Lebensräumen ihnen keine Chance lassen. Die von

der EU geförderte Agroindustrie ist in vielen Fällen Hauptschuldiger. Müsste die Einschätzung, was wo geht und was nicht, mehr vor Ort getroffen werden? Das mag sein, könnte aber zur Folge haben, dass Polen den Urwald an der weißrussischen Grenze dann doch abholzt.

Über Grundzüge der Verteilung von Geldern für die Landwirte redet das Europäische Parlament mit. Insofern ist es schon wichtig, dass dort die richtigen Leute sitzen. Wenn wir als Grüne Liga Brandenburg e. V. gerade erreicht haben, dass sich das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft (MLUL) mit der bislang geleugneten Notwendigkeit der Beurteilung von Projekten des Spargelanbaus unter Folien nach EU-Naturschutzrecht befassen muss, ist das ein Erfolg – ohne EU-Recht könnten wir da nirgends mitreden. Die Ausrede, das sei „gute fachliche Praxis“, zählt in Europa nicht – eine Revolution im Denken der Agrarlobby steht an!

Zwar ist die EU nicht das umweltpolitische Paradies – aber Kleinklein à la AfD und Co. ist erst Recht keine Lösung. Wenn die wirtschaftsliberale Ideologie oft Siege feiert, dann liegt das auch an der Wählerschaft in den einzelnen Ländern. Leider gelten Europawahlen oft als Denkmittelwahlen – es wird Protest gewählt, um es „denen da oben“ zu zeigen. Dieser Gefahr sollten sich alle Ökos bewusst sein und am 26. Mai 2019 zur Wahl gehen.

■ Heinz-Herwig Mascher  
Vorsitzender des Grüne  
Liga Brandenburg e. V.

## Das Attac-Urteil ist ein Angriff auf die ganze demokratische Zivilgesellschaft

Hunderttausende Menschen, die die Welt besser machen wollen, engagieren sich bei Attac, Amnesty International, dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland und vielen anderen Organisationen. Es ist gesellschaftlicher und politischer Konsens, dass ihr Engagement der Allgemeinheit dient.

Der Bundesfinanzhof (BFH) in München hat nun laut einem am 27. Februar 2019 veröffentlichten Urteil der globalisierungskritischen Organisation Attac die Gemeinnützigkeit aberkannt.

Attac versuche die politische Meinung zu beeinflussen. Dies trage nicht zur politischen Bildung bei und sei damit nach dem Steuerrecht nicht gemeinnützig. Die Entscheidung des BFH im Fall Attac ist eine Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume. Das Bundesgericht liest das Gesetz so, dass die bei Bildungsarbeit entstehenden Forderungen nicht lautstark verbreitet werden dürfen. Politisch einmischen dürften sich gemeinnützige Vereine und Stiftungen nur, wenn sie einen

konkreten Zweck wie Umweltschutz oder Gleichstellung von Frau und Mann verfolgen. Die große Koalition aus CDU, SPD und CSU hatte in ihrem Koalitionsvertrag versprochen, das Gemeinnützigkeitsrecht zu verbessern, zu entbürokratisieren und zu vereinfachen. Stattdessen schreibt das Bundesfinanzministerium immer engere Vorgaben in den Anwendungserlass für die Finanzämter. Das vorherige Urteil des BFH, dass politische Tätigkeiten zur Verfolgung eines gemeinnützigen Zwecks





Autor Stefan Diefenbach-Trommer

Foto: Bente Stachowkse

erlaubt sind, wenn damit keine Parteien unterstützt werden, übernimmt das Ministerium nicht. Jetzt muss der Bundestag zügig handeln, den Handlungsspielraum der Organisationen sichern und neue gemeinnützige Zwecke ins Gesetz schreiben. Menschen schließen sich zusammen, um sich außerhalb von Parteien und Profitinteressen für Demokratie und Gesellschaft zu engagieren. Dieses Engagement für Umweltschutz oder Gerechtigkeit mag manchmal nerven, führt aber zu besseren Entscheidungen, weil dadurch sonst ungehörte Stimmen in die politische Willensbildung einfließen.

Die enge Interpretation des Zwecks „Volksbildung“ durch den BFH gefährdet Tausende Vereine und Stiftungen, die aus einer Haltung heraus Bildungsarbeit zu Menschenrechten, für Demokratie und gegen Rassismus machen. Der Bundesfinanzhof liest das Gesetz so, dass diese Vereine mit den von ihnen entwickelten Vorschlägen für eine bessere Welt nicht an die Öffentlichkeit treten dürfen. Das Bundesgericht hat die Chance verpasst, das Gerede von „politischen Zwecken“ aus der Welt zu räumen: Umweltschutz, Gleichberechtigung, Flüchtlingshilfe – das sind politische Zwecke, die gemeinnützige Organisationen verfolgen dürfen. Sie dürfen es auch mit politischen Mitteln, so lange sie nicht zu einer Partei oder Wählergemeinschaft werden. Diesem anderen Organisationstypus geht es um Macht. Selbstlosen zivilgesellschaftlichen Organisationen geht es um Ideen und Werte wie Solidarität und Menschlichkeit. Der Gesetzgeber muss schnellstmöglich in die Abgabenordnung schreiben, welche

Zwecke er für förderwürdig hält. Dort ist bislang weder die Förderung von Menschenrechten und Grundrechten erwähnt noch die Verteidigung und Fortentwicklung der Demokratie. Die Festlegung neuer Zwecke im Gesetz ist eine Sofortmaßnahme. Der Bundestag muss sich darüber hinaus der wichtigen Funktion zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Demokratie widmen. Derzeit sehen Parteipolitiker diese Organisationen immer wieder als Konkurrenz, statt als Ergänzung. Das ist demokratieschädlich.

Denn das Urteil hat Erschütterung und Sorge bei vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen ausgelöst, weit über Attac hinaus und auch weit über die Organisationen hinaus, die sich politisch einmischen. In vielen Branchen-Dachverbänden drängen sich Fragen auf und Unruhe setzt ein. Es gibt Stimmen, die dieses Urteil konsequent finden, da es die Rechtslage umsetze und nur klarstelle, was bereits im Gesetz steht. Wenn das stimmt, dann ist die Sorge erst recht berechtigt: Das Engagement für die Demokratie ist nicht abgesichert. Ob das Urteil oder die Rechtslage schuld sind: Zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und Menschenrechte in Deutschland ist bedroht. Insbesondere in der Wächterfunktion, der Anwalt-Funktion für Menschen, denen es an eigenen Ressourcen für Interessenvertretung fehlt und ebenso im Einsatz für Veränderung (nicht nur für Bewahrung). Es ist immer wieder überraschend, mit welcher Selbstverständlichkeit auf europäischer Ebene Aktivismus und die Einwirkung auf politische Entscheidungen die eben genannten Funktionen als Teil zivilgesellschaftlicher Organisation akzeptiert und gefördert werden.

Mitglieder von zivilgesellschaftlichen Netzwerken aus dem europäischen Ausland fragen immer mehr: „Was ist bei euch los, was bedeutet das Attac-Urteil?“ Denn Deutschland ist für sie ein Leuchtturm für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie und wenn dieser Leuchtturm bröckelt, dann sind ihre Gesellschaften erst recht bedroht – weil in Deutschland das gefördert wird, was in anderen Ländern offensichtlich nicht gesellschaftlich anerkannt wird im Rahmen der Gemeinnützigkeit.

Nötig ist in Deutschland eine Lösung, die den Ansprüchen einer reifen, li-

beralen Demokratie gerecht wird. Die weltweiten Entwicklungen seit der Gründung der Bundesrepublik müssen nachvollzogen werden. Wir brauchen eine Lösung, die nicht die Friedhofsruhe eines autoritären Staates, sondern die demokratische Unruhe pflegt. Der Selbstmord aus Angst vor dem Tod ist eine schlechte Lösung. Ein autoritäres Regime zivilgesellschaftlicher Organisation aus Angst vor einem autoritären Staat ist eine schlechte Lösung. Lebendigkeit ist das Gegenteil von Tod und seine beste Medizin. Nicht jede Therapie hilft gegen Krankheiten, aber hier geht es um Vielfalt. Denn eine vielfältige Zivilgesellschaft (auch mit Teilen, die nicht jedem passen) stärken ganz sicher das demokratische Immunsystem gegen autoritäre Tendenzen. Es braucht einen parteiübergreifenden Konsens, dieses Engagement abzuschließen und anzuerkennen. Es braucht die Anerkennung der Erkenntnis, dass politische Prozesse in der Regel nicht im Parlament, sondern in der Zivilgesellschaft beginnen. Dort entstehen Ideen, die dann zu neuen Gesetzen werden, die im Parlament oder per Volksabstimmung beschlossen werden. Zivilgesellschaftliche Organisationen, die sich politisch engagieren, sind etwas anderes als Parteien oder Wahlvereine. Sie pflegen keine Machtpolitik. Sie sind auch etwas anderes als Verbände, die sich für Partikular- oder Eigeninteressen einsetzen. Sie setzen sich selbstlos für das subjektive Empfinden des Allgemeinwohls ein. Diese Organisationen ticken auch anders als etwa ein Sportverein, aber sie sind Teil zivilgesellschaftlicher Organisationen. Diese Rolle muss anerkannt und die dazu passende Lösung gefunden werden, um demokratische Räume zu öffnen und nicht zu beschränken.

■ Stefan Diefenbach-Trommer

Informationen zum Autor:

Stefan Diefenbach-Trommer arbeitet seit Jahren in Bewegungs- und Protest-Organisationen. Seit 2015 beschäftigt er sich im Auftrag von mehr als 80 Vereinen und Stiftungen, zusammengeschlossen in der Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“, mit dem Gemeinnützigkeitsrecht.

[www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de](http://www.zivilgesellschaft-ist-gemeinnuetzig.de)

## Super-GAU statt Völkerfrieden?

**Vor 20 Jahren bombardierte die NATO achtundsiebzig Tage lang ohne UNO-Mandat serbische Krankenhäuser, Schulen, Wasserwerke und Chemiebetriebe. Dieser erste Angriffskrieg mit deutscher Beteiligung seit 1945 führte zu einer ökologischen und humanen Katastrophe. Doch Kirchen und Umweltverbände schweigen bis heute.**

**Umweltschutz ohne Friedensbewegung?**

Am 24. März 1999 begann die NATO ohne UNO-Mandat ihren Luftkrieg gegen Serbien. Ausgerechnet der grüne Außenminister Joschka Fischer heizte mit seinem Kollegen, dem Verteidigungsminister Rudolf Scharping die Kriegsstimmung an. Um „ethnische Säuberungen“, weitere „Vertreibungen“ und eine „humanitäre Katastrophe“ zu verhindern, sei es dringend nötig einzugreifen. Diese Behauptungen sind längst widerlegt, wie Oberstleutnant a. D. Jochen Scholz, ehemaliger Referent beim Generalinspekteur der Bundeswehr im Verteidigungsministerium schon vielfach bestätigte. In den Lageberichten des Amtes für Nachrichtenwesen der Bundeswehr für die Parlamentsabgeordneten war bis zum letzten Tag vor dem Angriff immer nur von einem blutigen Bürgerkrieg zwischen UCK-Soldaten und der serbischen Armee die Rede.

Trotzdem begann die NATO, als militärische Erfolge ausblieben, schon bald zivile Einrichtungen anzugreifen. Zerstörte oder beschädigte 60 Brücken, 110 Krankenhäuser, 480 Schulobjekte, 365 Klöster, das Fernsehzentrum, die Strom- und Wasserversorgung und 121 Industriebetriebe. 2.500 Menschen fanden den Tod.

Als besonders zynisches Kriegsverbrechen gilt bis heute neben dem Einsatz von über 30.000 Urangeschossen an über 80 Orten die vorsätzliche Bombardierung der großen serbischen Chemiezentren in Pancevo, Novi Sad, und Bor.

Am 4. April 1999, zwölf Tage nach Beginn der Luftschläge, trafen zum ersten Mal Raketen die Raffinerie von Pancevo. Das auslaufende Öl brannte zwei Wochen.

Am 6. April 1999 wurde mit Langstreckenbomben die ältere Ölraffiniererei in

Novi Sad zerstört. 80.000 Tonnen Öl liefen aus, 20.000 Tonnen verbrannten. Eine riesige Wolke aus Ruß, Teer, Ölpartikeln, Schwefeldioxid und Stickoxiden lag über der Stadt.

Nur ein Bruchteil davon löste im gesetzestrengen Deutschland den Dieselskandal aus und aufgeregte Debatten über jährliche Todesopfer.

Am 15. und 18. April 1999 und selbst noch am 8. Juni, kurz vor Waffenstillstand, zerstörte die NATO das serbische Chemiezentrum in Pancevo völlig.

Erst wenige Jahre zuvor war es auch mit US-Hilfe modernisiert worden. Bauplängernau trafen computergesteuerte Raketen die Düngemittelfabrik, die Ölraffinerie, das Polyvinylchlorid (PVC)-Werk und auf den Meter exakt einen noch halbvollen Tank mit 450 Tonnen Vinylchlorid, dem krebserregenden Vorprodukt für die PVC-Herstellung. Es war einer der Behälter, die von der Werkleitung noch als besonders gefährlich an die NATO gemeldet wurde. Obwohl vorsorglich noch 8.000 Tonnen Ammoniak nach Rumänien transportiert worden waren, entwichen auch von diesem tödlichen Gas hunderte Tonnen. So zog eine 20 km lange Giftgaswolke mehr als zehn Tage über die Vororte von Belgrad in die Gemüse- und Kornkammern Serbiens. 40.000 Menschen wurden evakuiert. Allein die Konzentration des Vinylchlorids stieg zeitweise auf das 10.600fache des internationalen Grenzwertes. Als der Wind sich drehte, kroch die Wolke weiter nach Bulgarien, Rumänien und Ungarn. Selbst 550 km südlich maßen Wissenschaftler der griechischen Universitäts-Station Xanthi hochgiftige Dioxine und polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffverbindungen.

Schon wenige Jahre nach Kriegsende beobachteten serbische Mediziner, wie der führende Belgrader Onkologe Prof. Vladimir Cikaric und die Neurologin Prof. Danica Grujicic, einen dramatischen Anstieg der Krebsrate und Sterblichkeit. Heute liegt Serbien bei Lungen- und Brustkrebs an der Spitze Europas. Erst im Mai 2018 konnten Ärzte im westorientierten Belgrader Parlament die Gründung einer Untersuchungskommission für alle Folgen durchsetzen.

Für die Toxikologin Professor Ursula Stephan aus Halle/Saale ist die Bombardierung der serbischen Chemiebetriebe bis heute ein ungesühnter vorsätzlicher Chemiekrieg, der Tausende Opfer von Langzeitschäden bewusst in Kauf nahm. Als 1999 alle deutschen Umweltverbände dazu schwiegen, war Frau Stephan Vorsitzende der deutschen Störfall-Kommission (SFK), eine Expertenvereinigung für Sicherheitsfragen der Industrie und auch für die Folgen und Verhütung von Chemieunfällen.

Als sich kein anderer deutscher Toxikologe bereiterklärte, folgte Frau Stephan ohne zu zögern Ende Juli 1999 dem Wunsch des World Wide Fund For Nature (WWF-Büro in Wien). Unter der Leitung des damaligen Direktors des Donau-Karpatenprogramms, Philipp Weller, besuchte sie mit einer Expertin des Umweltlabors „Ökokontroll“ Dessau die zerstörten Chemieorte und erarbeitete ein Gutachten, sowohl zu den medizinischen Aspekten als auch zu den Folgen für die Natur. So gehörte doch Serbien zu über 150 „Weltzentren der biologischen Vielfalt“.

Fast zeitgleich untersuchten auch Spezialisten der damals von Klaus Töpfer geleiteten UN-Umweltbehörde des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) vor Ort die Schäden der Chemieangriffe, darunter auch Experten vom Landesumweltamt Brandenburg (LfU). Doch sie hielten am Ende in ihrem Bericht den Ball NATO-freundlich flach, erklärten als Fazit ihrer Analysen, dass die meisten der durch die ausgelaufenen und verbrannten Chemikalien entstandenen „Verschmutzungen“ Altlasten aus der Zeit vor dem Krieg seien.

Frau Professor Ursula Stephan dagegen deklarierte das Ausmaß der Zerstörung, der Bodenbelastung und vor allem der weiträumigen Giftgaswolken nach den strengen deutschen Gesetzen als „exzeptionellen Störfall“. Sozusagen als Super-GAU. Das heißt, als eine Katastrophe außer Kontrolle, für deren Ausmaße es keine Erfahrungen, Berechenbarkeit, keine Vorbereitungsmöglichkeiten und deshalb keine Abwehrszenarien gibt. Vergleichbar mit Tschernobyl oder Fukushima. Aus 78.000 Tonnen verbrannter Explosiv- und Raketentreibstoffe

und den Abgasen aus über 150.000 Flugstunden der Bombenflugzeuge und Marschflugkörper wurde zu allen Chemikalien noch über eine Milliarde (1.000 Mio.) Kubikmeter luftverschmutzender Substanzen frei.

Diese Gesamtmenge an Kohlendioxid, Stickstoffoxiden und unverbrannten Kohlenwasserstoffen war seit dem Golfkrieg der größte Beitrag zur Luftverschmutzung und zum Treibhauseffekt! Wer die Chemieindustrie angreift, so Frau Stephan damals im ORB-Umweltmagazin OZON, weiß, was er tut.

Schon während der Luftangriffe hatte auch der Berliner Universitäts-Professor für Umweltplanung Knut Krusewitz diese Schläge gegen Chemiezentren als neuartigen Umweltkrieg bezeichnet, mit dem die NATO das Genfer Verbot von chemischen Waffen gezielt umging und gegen die ENMOD-Konvention der UN-Vollversammlung von 1978 verstieß, nach der „umweltverändernde Techniken, die weiträumige, lang andauernde oder schwerwiegende Auswirkungen“ haben, als Mittel der Kriegsführung verboten sind.

Doch selbst heute, zum zwanzigsten Jahrestages dieses ersten Angriffskrie-

ges der NATO mit deutscher Beteiligung, herrscht großes Schweigen. Wo ist sie hin, die einstige, in Ost wie West gewachsene Einheit von Umwelt- und Friedensbewegung?

Während einer Europäischen Konferenz zur atomaren Abrüstung in Westberlin besuchten im Mai 1983 Petra Kelly, Gert Bastian und drei weitere Bundestagsabgeordnete der Grünen spontan Ostberliner Friedensaktivisten. Diese entrollten auf dem Alexanderplatz mit der Forderung „Abrüstung in Ost und West“ gegen den NATO-Doppelbeschluss ein Transparent: „Die Grünen – Schwerter zu Pflugscharen“.

Dieses biblische Symbol hatte der Kleinmachnower Grafiker Herbert Sander 1980 einer berühmten sowjetischen Skulptur vor dem New Yorker UNO-Gebäude nachempfunden. Und evangelische Jugendgruppen in der DDR verwendeten es zum ersten Mal als Lesezeichen während einer zehntägigen „Friedensdekade“.

Die von der Stasi abgebrochene Aktion der grünen Friedens-Aktivisten Kelly und Bastian mit diesem Symbol bekundete auf spektakuläre Weise jene Friedens- und Umweltgedanken, aus

denen 1989 in der Berliner Umweltbibliothek, der Dresdner Kreuzkirche, im Wittenberger Friedenskreis und in der Leipziger Nikolaikirche die Montagsdemonstrationen keimten. Und schließlich die friedliche Revolution von 1989.

Nun, dreißig Jahre nach dem unblutigen Aufbruch der Ostdeutschen, ist zu fragen, was ist aus den Idealen der west- und ostdeutschen Umweltbewegung geworden. Und was aus der so grundlegenden UNO-Charta von 1945 zum Gebot von Frieden: Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nation unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.

Am 18. November jährt sich zum 30. Mal der Gründungsaufbruch von 1989 für eine „Grüne Liga“ zur gemeinsamen Rettung der natürlichen Lebensgrundlagen. In ihrem mutigen, kritischen „Grundsätze“-Papier, beschlossen von der Bundesdelegiertenversammlung 1994, steht auch das Wort „Frieden“.

■ Hartmut Sommerschuh

## Öffentliche Petition für ein Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen

66.430 Menschen haben unterschrieben



Autor Ralf-Uwe Beck

Foto: Ralf-Uwe Beck

„Ich hatte eine der einfachsten Aufgaben“, sagt eine Frau bei der Auswertungsrunde nach dem Ende der

Unterschriftensammlung. „Ich habe die Landesverbände der Grünen Liga angeschrieben und angerufen: Die Reaktionen waren durchweg positiv.“ Die Grüne Liga hat also ihren Anteil an der Öffentlichen Petition, mit der ein generelles Tempolimit von 130 km/h auf Autobahnen gefordert wird. 66.430 Menschen haben die Petition von Aschermittwoch bis zum 3. April 2019 unterschrieben, 59.040 online auf der Internetseite des Petitionsausschusses und 7.390 auf Unterschriftenlisten. Herzlichen Dank der Grünen Liga und den vielen engagierten Menschen, die sich mit der Aktion solidarisch erklärt, sich eingebracht, Unterschriften gesammelt, mit diskutiert und so die Aktion verbreitet und zum Erfolg geführt haben. Die Hürde von 50.000 Unterschriften ist deutlich genommen und so wird es zu einer öffentlichen

Anhörung vor dem Petitionsausschuss kommen – wann, ist noch offen. Selten wurde so intensiv über ein Tempolimit gestritten, wie in den vier Wochen der Zeichnungsfrist. Es gab bestimmt hundert Presseberichte, Hörfunk- und Fernsehbeiträge; die Leitmedien haben berichtet, ARD und ZDF gesendet. Das könnte den nötigen Druck aufbauen, damit im Bundestag tatsächlich die Vor- und Nachteile eines Tempolimits ehrlich gegeneinander abgewogen werden. Dabei ist das Tempolimit nicht allein wegen des Klimaschutzes geboten; interessant ist der Mix an Wirkungen: Neben der Einsparung von mindestens zwei Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> würde sich der Reifenabrieb reduzieren lassen – immerhin der größte Posten Mikroplastik, der im Meer landet. Auch das Lärmaufkommen wäre geringer. Perspektivisch könnten



auch Kurvenradien beim Autobahnbau geringer dimensioniert werden, was Kosten beim Bau und Erhalt der Straßen sparen würde. Zudem sind sich Fachleute einig, dass ein Tempolimit für einen gleichmäßigeren Verkehrsfluss sorgen würde; es würden weniger Staus entstehen. Und nicht zu vergessen: Die Zahl der Unfälle, das zeigen Studien, könnte deutlich gesenkt werden. Der SPIEGEL hat gar vorgerechnet, dass es im Jahr 140 Verkehrstote weniger gäbe. Dies ist auch ein Grund, warum sich nicht nur Umweltgruppen für die Petition stark gemacht haben, sondern beispielsweise auch die Verkehrswacht. Sozialverbände, wie die Diakonie, haben sich angeschlossen, weil sie vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung gerade ältere Menschen im Blick haben, die von dem Verkehr, der im Rückspiegel auf sie zurast, gestresst sind. In der Tat genießen auch die Deutschen das entspannte Fahren, wenn sie im Urlaub im Ausland unterwegs sind. Die Wahrscheinlichkeit, außer Deutschland, noch ein Land zu finden, in dem hemmungslos gerast werden darf, ist gering. Es sind nur noch Afghanistan, Bhutan, Burundi, Haiti, Mauretanien, Myanmar, Nepal, Nordkorea, Somalia, Vanuatu und der indische Bundesstaat Uttar Pradesh. Deutschland ist das einzige Industrieland der Welt, das

meint ohne Tempolimit auszukommen. Bisher jedenfalls. Die Debatte, die mit der Petition ausgelöst wurde, hat auch zutage befördert, dass sich nur ein Nachteil eines Tempolimits ausmachen lässt: Der Eingriff in die persönliche Freiheit, so schnell fahren zu können, wie es beliebt. Das allerdings scheint für viele Deutsche ein wunder Punkt zu sein. Das Thema polarisiert erheblich. Klimaschutz... nun ja, wenn mich das nicht so direkt betrifft, gern. Greift, was notwendig ist, aber in meinen Alltag ein, kratzt es an meiner vermeintlichen Freiheit, dann ist es bei etlichen Menschen nicht mehr weit her mit der Einsicht, dass es so wie bisher kaum weitergehen kann. Dann wird der Klimawandel bestritten und die CO<sub>2</sub>-Einsparung, die ein Tempolimit bringen würde, gleich mit – obwohl die Tatsache, dass wer langsamer fährt auch weniger verbraucht, nun wirklich zum Allgemeinwissen gehört. Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM), die diese Petition eingereicht hat, thematisiert bewusst die Verknüpfung von Klimawandel und Lebenswandel. Das hat sie bereits mit einer Kampagne 2011 getan und jetzt – nach dem Dürresommer 2018 – das Thema wieder aufgegriffen. Die Folgen der Erderwärmung werfen auch die Frage nach uns selbst auf. Der steigende Meeresspiegel,

Stürme, Überschwemmungen – das fällt nicht vom Himmel, sondern ist von Menschen verursacht. Also können wir auch etwas dagegen tun. Können und müssen. Längst müssen Menschen, die auf Inseln im Pazifik leben, ihre Heimat verlassen. Prognostiziert sind 200 Millionen Klimaflüchtlinge. Sie werden mit nassen Füßen auch in unseren Wohnzimmern stehen. Nur verursacht haben sie die Misere nicht. Wir haben in Deutschland pro Kopf einen CO<sub>2</sub>-Ausstoß von zehn Tonnen im Jahr, auf den Inseln im Pazifik ist es nicht einmal eine Tonne. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß geht weltweit zu 87 Prozent auf das Konto der reichen Länder, die ärmeren aber müssen es zuerst ausbaden. Gerech ist das nicht. Aus kirchlicher Sicht gebietet die Nächstenliebe, zu einer Ethik des Genug zu finden. Dazu gehört, die „Freie Fahrt für freie Bürger!“ auf den Prüfstand zu stellen. Dazu gehört auch, den eigenen Lebensstil zu überdenken und nach einer konsequenteren Politik des Umwelt- und Klimaschutzes zu verlangen. Ein Tempolimit jedenfalls ließe sich sofort und kostenlos organisieren. Es braucht nur den politischen Willen und Druck von unten.

■ Ralf-Uwe Beck

Pressechef der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland und Ehrenvorsitzender des BUND Thüringen

## Deutsche Aktionstage Nachhaltigkeit (DAN)

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) hat die Deutschen Aktionstage Nachhaltigkeit (DAN) anlässlich der Weltkonferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung (Rio+20) im Jahr 2012 ins Leben gerufen. Diese finden in diesem Jahr in einem erweiterten Aktionszeitraum vom 25. Mai bis zum 10. Juni 2019 statt.

Der RNE ruft erneut zum Mitmachen bei den Deutschen Aktionstagen Nachhaltigkeit (DAN) auf. Bundesweit können wieder alle – Privatperson, Verein, Unternehmen, (Hoch)schule, Kommune, Kirche und viele mehr – ihre nachhaltige Aktion auf [www.tatenfuermorgen.de](http://www.tatenfuermorgen.de) einreichen.

Teilnehmen können alle, die sich für eine nachhaltige Zukunft engagieren möchten. Auch der Art der Aktion sind keine Grenzen gesetzt: Von Kleideraustauschpartys über Abfallsammel-

Flashmobs und Repair Cafés bis hin zu Umwelttheater an Schulen oder betriebsinternen Zero-Waste-Mittagessen – es gibt zahlreiche Möglichkeiten, sich zu beteiligen. Einzige Voraussetzung ist, dass die Aktion einen Bezug zu den 17 globalen Zielen für Nachhaltige

Entwicklung hat und nicht kommerziell motiviert ist.

Im Gebiet RENN.mitte werden auch 2019 unter allen TeilnehmerInnen wieder fünf Fotostrecken und fünf Filme für deren Öffentlichkeitsarbeit verlost. Anmeldungen sind kostenlos möglich

unter: <https://www.tatenfuermorgen.de/>

Ziel der Aktionstage ist es, vorbildliches Engagement in ganz Deutschland sichtbar zu machen, öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema Nachhaltigkeit zu erregen und mehr Menschen zu einem nachhaltigen Handeln zu bewegen. Dies wollen wir auch für und in Brandenburg erreichen und mit unserer landesweiten Veranstaltung ein Zeichen setzen:

### Werkstatt 2030 – Für ein zukünftiges Brandenburg

Im Rahmen unseres Dialogformates

„Werkstatt 2030“ haben wir in diesem Aktionszeitraum den Anlass des fünfjährigen Jubiläums der Brandenburger Landesnachhaltigkeitsstrategie aus dem Jahre 2014 dazu genutzt, eine Bilanz zur Tragfähigkeit und zur Umsetzung dieser Strategie zu ziehen und die im Mai 2019 vorliegende Fortschreibung der Landesnachhaltigkeitsstrategie unter Berücksichtigung der inzwischen von der UN im Jahre 2015 beschlossenen Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung („Sustainable Development Goals“, kurz: SDGs) auf den Prüfstand der Praxis gelegt.

Dazu trafen sich VertreterInnen der Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft, aus Kommunen und Landespolitik/-verwaltung, aus Verbänden und Vereinen und als AkteurInnen in Potsdam im Haus der Natur.

### Werkstatt 2030:

„Fünf Jahre Brandenburger Landesnachhaltigkeitsstrategie – Bilanz und Fortschreibung: Up- oder Downgrade?!“

28.05.2019, 14:00 Uhr

Haus der Natur Potsdam

(3. OG, Reimar-Gilsenbach-Saal)

Lindenstraße 34, 14467 Potsdam

## Saatgutschätze retten, Vielfalt nutzen

### Wie der VERN e. V. alte Sorten zurück in Gärten und auf Äcker bringt

Das Motto „Vielfalt schützen – Vielfalt nutzen“ ist die Maxime des Vereins zur Erhaltung und Rekultivierung von Nutzpflanzen in Brandenburg e. V. (VERN e. V.). Der VERN hat sich der Aufgabe verschrieben, alte Sorten wieder in Nutzung zu bringen und sie damit lebendig zu erhalten. Deshalb vermehrt er Saatgut seltener Kulturpflanzen und macht es der Allgemeinheit über sein jährliches „Compendium – Katalog für seltene Kulturpflanzen“ (<https://vern.de/katalog/>) zugänglich. Gleichzeitig sammelt der Verein Wissen über gefährdete Sorten, Kulturpflanzengeschichte(n), Methoden der Saatgutvermehrung und gibt es weiter durch Broschüren, Infostände, Gartenführungen, Workshops oder Saatgutkurse.

Der VERN e. V. wurde 1996 in Greiffenberg bei Angermünde in der Uckermark im UNESCO Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin gegründet. Die Vereinsgründung entsprang auch dem Wunsch, zur nachhaltigen Entwicklung der biologischen Vielfalt im Biosphärenreservat beizutragen. Die Genbank des Leibniz-Instituts für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) in Gatersleben unterstützte die Gründung und den Aufbau des Schau- und Vermehrungsgartens in Greiffenberg, für den sie eine große Zahl von Samenmustern alter Sorten aus ihrem Saatgutarchiv zur Verfügung stellte. Viele dieser Sorten sind so wieder zu neuem Leben gebracht worden. Sie haben unter Hobby- und Kleingärtnern ihre Liebhaber

gefunden, wie der Kopfsalat ‚Goldforellen‘, die Buschbohne ‚Berliner Markthallen‘, die Gurke ‚Berliner Aal‘, die Zuckerbirse ‚Graue Florentiner‘ oder der ‚Norddeutsche Champagnerroggen‘, um einige Beispiele zu nennen.

Der Verein leistet einen wichtigen Beitrag, unsere pflanzengenetischen Ressourcen im Sinne der Zukunftssicherung langfristig zu erhalten. Alte Sorten von Kulturpflanzen sind eine bedeutende Quelle von Variation für die zukünftige Pflanzenzüchtung. Die Notwendigkeit, sie zu bewahren, ist seit Jahrzehnten anerkannt und fast alle Staaten sichern ihre pflanzengenetischen Ressourcen in den Samenarchiven ihrer Genbanken, was als Ex-situ-Erhaltung bezeichnet wird.

Weil diese statische Konservierung jedoch keine evolutive Anpassung an sich ändernde Umwelten ermöglicht, ist die lebendige Erhaltung durch Nutzung eine wichtige Ergänzung zu den Ex-situ-Genbanken. Die Biodiversitätskonvention (CBD, Rio de Janeiro, 1972) forderte sogar, dass die lebendige Erhaltung, d. h. Anbau und Nutzung alter Sorten im landwirtschaftlichen oder gärtnerischen Betrieb Vorrang haben sollte. Der Fachbegriff ist On-farm-Erhaltung.

Der VERN unterstützt und fördert die On-farm-Erhaltung. Zu diesem Zweck arbeitet er in zwei Erhalter-Netzwerken mit Betrieben zusammen. Mit einem bundesweiten Landwirte-Netzwerk erhält der VERN alte Land- und Zuchtsorten von Getreide, wie ‚Märkischer Landweizen‘, die Hafersorte ‚Heidegold‘



Sommerfest Tomatenvielfaltverkostung

Foto: A. Becker

oder ‚Imperial‘-Gerstensorten. Der ‚Norddeutsche Champagnerroggen‘ hat besondere Verbreitung gefunden und entwickelte sich zur Erfolgsgeschichte der Wiedereinführung einer alten Sorte in die Praxis. Deshalb wurde er vom VERN als Erhaltungssorte angemeldet und 2013 vom Bundessortenamt (BSA) zugelassen. Für das Netzwerk organisiert der VERN zusammen mit dem Landesamt für Umwelt Brandenburg (LfU) Feldtage und Arbeitstreffen. Weiterhin berät er Landwirte zu Anbau sowie Vermarktung und unterstützt die Zusammenarbeit mit Verarbeitern wie Mühlen, Bäckern oder Brauereien (<https://landsorten.de/>).

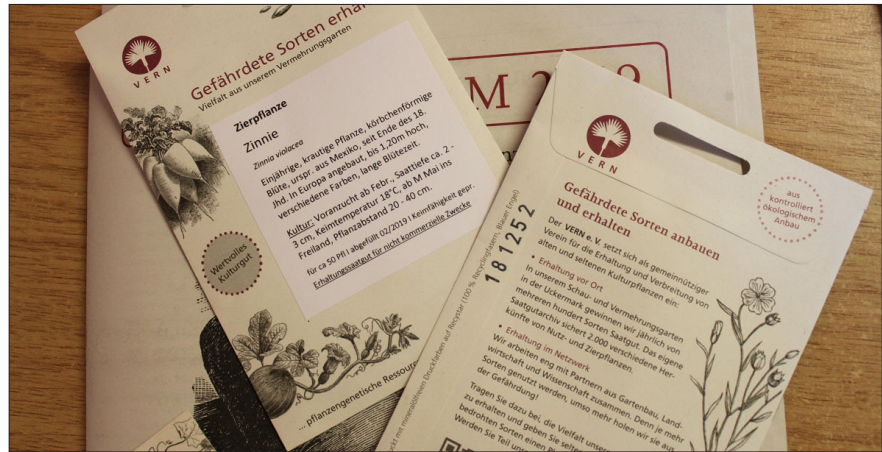
Das zweite Netzwerk, das „Saatgut-Erhalter-Netzwerk-Ost“, bringt alte Gemüsesorten aus der Genbank in die



gärtnerische Nutzung zurück (<http://www.saatgut-netzwerk.net/>). Dieses Netzwerk gründete der VERN 2013 mit Hilfe eines vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) geförderten Projektes. Inzwischen beteiligen sich 23 Gartenbaubetriebe in Brandenburg, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen an dem Netzwerk, welches offen für weitere Mitglieder ist.

Im „SaatGut-Erhalter-Netzwerk-Ost“ arbeiten Betriebe, die besondere Sorten anbauen und vermarkten, mit weiteren Betrieben zusammen, die Saatgut dieser Sorten vermehren. Somit wurde ein Saatgutvermehrer-Saatgutnutzer-Kreislauf aufgebaut, der sicherstellt, dass das Saatgut gewünschter Sorten in ausreichenden Mengen und guter Qualität zur Verfügung steht. Die Gärtner im Netzwerk bieten in ihren Hofläden und auf Wochenmärkten ihren Kunden oder ihren Mitgliedern des „Netzwerks Solidarische Landwirtschaft“ besondere Sorten an, wie die Zuckerbirse ‚Englische Säbel‘, die Rote Bete ‚Carotine‘, die Möhre ‚Blanche demi-longue des vosges‘, das Radieschen ‚Feuerkugel‘ oder die Buschbohne ‚Oeringergold‘, die es sonst nicht als Frischgemüse zu kaufen gibt.

Die Wiedereinführung alter Sorten aus der Genbank in die landwirtschaftliche oder gärtnerische Nutzung ist eine fachlich anspruchsvolle Arbeit, denn zunächst müssen die Sortenmuster aus der Genbank in Anbauversuchen gesichtet, die Sorteneigenschaften erfasst und ihre Eignung für den heutigen Praxisanbau geprüft werden. Deshalb arbeitet der VERN nicht allein mit Praxisbetrieben zusammen, sondern auch mit Partnern aus der Wissenschaft,



Saatguttütchen

Foto: VERN e. V.

wie der Humboldt-Universität zu Berlin oder der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNE) und kooperiert mit Institutionen wie dem Bundessortenamt (BSA), Landwirtschaftlichen Versuchsanstalten oder dem Pflanzenschutzdienst in Brandenburg. Mit solchen Partnern werden Förderanträge erarbeitet, um finanzielle Mittel für mehrjährige Projekte einzuwerben, die neue Wege zur nachhaltigen Nutzung pflanzengenetischer Ressourcen erschließen.

Weiterhin engagiert sich der VERN seit Jahren im Land Brandenburg in einem Netzwerk von Schaugärten (<https://vern.de/schaugarten/>), die jeweils besondere Aspekte der Kulturpflanzenvielfalt hervorheben und Besuchern offenstehen. Im Rahmen eines Förderprojektes des Brandenburger Agrar- und Umweltministeriums (MLUL) entwickeln seit 2018 mehrere Besucherinformationszentren der Nationalen Naturlandschaften Brandenburgs (BIZ) mit dem VERN gemeinsame Angebote für Hobby- und Kleingärtner, um mehr Sortenvielfalt in die Gärten der Region zu bringen.

Dabei engagieren sich zum Beispiel die Blumberger Mühle, das Naturparkzentrum Hoher Fläming, das Wildgehege Glauer Tal, die Burg Lenzen und das Westhavelland Milow.

Ebenfalls mit Hilfe einer Förderung des MLUL entwickelte der VERN im Jahr 2018 ein neues Bildungsangebot für Kleingärtner mit Workshops, Samentauschbörsen und attraktiven Infomaterialien, um Kleingärtner für den Wert und das Potenzial alter Sorten zu sensibilisieren und als „Botschafter der Vielfalt“ zu gewinnen. Veranstaltungen können auf Wunsch angeboten werden. Interessenten können bei [kleingarten@vern.de](mailto:kleingarten@vern.de) nachfragen.

Der VERN will möglichst viele Menschen für die „Erhaltung durch Nutzung“ der Kulturpflanzenvielfalt aktivieren. Auch sind sie gerne eingeladen den Schau- und Vermehrungsgarten in Greiffenberg oder Feste und Veranstaltungen des VERN e. V. zu besuchen.

■ Cornelia Lehmann  
i. Vorsitzende VERN e. V.

<https://vern.de/>

## Ostfriesische Palmen im Garten?

### Was wir für den Erhalt der Nutzpflanzenvielfalt tun können

Jahrhundertlang haben Bäuerinnen und Bauern ihr Saatgut selbst vermehrt und an die nächste Generation weitergegeben. So entstand eine riesige Vielfalt unterschiedlicher lokaler Gemüsesorten, wie der Grünkohl ‚Ostfriesische Palme‘ oder das ‚Teltower Rübchen‘. Durch die Industrialisierung der Landwirtschaft hat die Nutzpflanzenvielfalt rapide abgenommen. Große

Saatgutunternehmen konzentrieren sich heute auf einige wenige Sorten, die hohe Erträge und einheitliche Qualität versprechen. Im eigenen Garten kann man hingegen aus der gesamten Geschmacks-, Farben- und Formenvielfalt schöpfen. Schließlich geht es nicht um Maximalertrag, Transportfähigkeit oder Gleichförmigkeit der Gemüse- und Obstsorten. Ein Vorteil lokaler Sorten ist, dass sie oft besonders gut an die Klima- und Bodenverhältnisse angepasst

sind. Mit geschickter Sortenwahl kann sogar Krankheits- und Schädlingsbefall vorgebeugt werden.

### Bildungsreihe kommt nach Potsdam

Anregungen konnten sich am 5. Mai 2019 bei dem Forum „Vielfalt der Nutzpflanzen“ geholt werden, das durch die GRÜNE LIGA Berlin organisiert wurde. Bei diesem Tagesworkshop tauschten sich GärtnerInnen und GartenexpertInnen aus und es wurde ganz praktisch zur Schaufel gegriffen. „Es gibt viele

tausend Tomatensorten. Viele haben heute keine Zulassung mehr. Dabei sind genau diese Sorten häufig besonders für den Anbau im Kleingarten geeignet, weil sie ein langes Erntefenster haben und durch ihre Farbe, Form und Geschmack etwas ganz Besonderes sind,“ erklärt Referentin Dr. Wanda Born, die sich im Verein zur Erhaltung und Rekultivierung von Nutzpflanzen in Brandenburg (VERN e. V.) engagiert. Zeit sie zu entdecken!

#### Saatgut vermehren

Um Saatgut überhaupt selbst vermehren zu können, braucht man samenfeste Sorten. Viele neu gezüchtete Sorten sind Hybride. Das sind besonders leistungsfähige Kreuzungen aus zwei Inzuchtlinien. Die erste Generation, sogenannte F1-Hybride, die im Handel verkauft werden, sind einheitlich. Will man jedoch von Ihnen Samen gewinnen, kommt eine wilde Mischung sämtlicher Eigenschaften der Großelterlinien durch, so wie man es aus dem Biologie-Unterricht von Mendels Erbsen kennt.

Ein weiterer Vorteil traditioneller Sorten ist deshalb, dass sie samenfest sind und auch im Garten vermehrt werden können. Allerdings ist es verboten, ihr Saatgut kommerziell zu handeln. Um eine Sorte zum Verkauf zuzulassen, muss sie bestimmte Kriterien wie Unterscheidbarkeit, Homogenität und Be-

ständigkeit erfüllen, die einer Überprüfung durch das Bundessortenamt (BSA) standhalten. So soll die Qualität des Saatguts gesichert werden. Das führt jedoch zu Problemen für traditionelle Sorten, die oft variablere Eigenschaften haben. Zwar gibt es für sogenannte Erhaltungs- bzw. Amateursorten weniger strikte Zulassungskriterien, aber wer soll die Sorten anmelden, sie wurden ja bereits vor Generationen gezüchtet.

#### Nachbau erlaubt?

Wenn Unternehmen neue Sorten züchten und zulassen, melden sie diese zum Sortenschutz an. Das ist eine Form des Urheberrechts, welche die wirtschaftliche Verwertung sichert und zwar für 25 Jahre bei Hopfen, Kartoffel und bei Rebe und Baumarten für 30 Jahre. So sollen die Entwicklungskosten gedeckt werden. Anschließend wird die Sorte Gemeingut. LandwirtInnen kaufen entweder direkt das zugelassene Saatgut oder sie verwenden Samen aus eigenem Nachbau. Dem Urheber der geschützten Sorte müssen sie dann eine Nachbauggebühr zahlen; verwendet man nachgebautes Saatgut nur privat, fällt zum Glück keine Nachbauggebühr an. Einen anderen Weg gehen die ZüchterInnen von sogenanntem Open-Source-Saatgut. Sie wollen, dass Kulturpflanzen immer Gemeingut sind. Schließlich beruhen sie alle auf den kulturellen Leistungen unserer Vor-

fahren aus aller Welt. Jeder darf dieses Open-Source-Saatgut frei nutzen, also anbauen, vermehren, weiterentwickeln und züchterisch bearbeiten. Durch diese Strategie kann das Saatgut nicht privatisiert werden. Diese Initiative wird u. a. von der Heinrich-Böll-Stiftung unterstützt, die die Tomatensorte Sunviva frei an jeden weitergeben.

#### Lasst es sprießen!

Nur wenn Pflanzen weiter angebaut werden, bleiben sie erhalten. Samen sind nur begrenzt lagerfähig. Werden sie nicht ausgesät, um neue Samen zu gewinnen, sterben sie aus. Ohne viele engagierte Menschen, Vereine und Initiativen wären viele alte Sorten schon verschwunden. Sie tauschen Samen und Pflanzen untereinander oder geben sie gegen Spende ab. Und das Gute ist: Jeder Garten kann zur Oase der Vielfalt werden!

■ Sarah Buron  
GRÜNE LIGA Berlin

Links:

[www.saatgut-netzwerk.net](http://www.saatgut-netzwerk.net)  
[www.vern.de](http://www.vern.de)  
[www.nutzpflanzenvielfalt.de](http://www.nutzpflanzenvielfalt.de)  
[www.opensourceseeds.org](http://www.opensourceseeds.org)  
[www.bundessortenamt.de](http://www.bundessortenamt.de)

Weitere Informationen unter:

[www.gifftreiesgärtnern.de](http://www.gifftreiesgärtnern.de)  
[www.grueneliga-berlin.de](http://www.grueneliga-berlin.de)

## Humus ist Leben

Die Menschheit, so scheint es, ist gegenwärtig dabei sich selbst zu vernichten und das tut sie mit Inbrunst. Neben der Hochrüstung (weltweit 1,83 Billionen US-Dollar allein in 2018), der Forschung an künstlicher Intelligenz (für noch mehr Arbeitslosigkeit weltweit und Kriegsführung der Roboter) ist besonders die Industrialisierung und Automatisierung der Landwirtschaft von höchstem Kapitalanlageinteresse. Möglichst über Satelliten gestützte Leitsysteme und voll von digitalisierten Arbeitsplätzen soll die Industrialisierung auf dem Lande automatisiert werden und höchste Rentabilität erbringen. Landarbeiter werden dann nahezu überflüssig. Der bayerische Traktorenhersteller Fendt will Systeme zur Bodenwertmessung im Fahrzeug integrieren, gezielt dosierte Düngemit-

telgaben nach Bodenzustandsanalyse über Spezialfahrzeuge auf die Äcker bringen oder Herbizide, Fungizide, Pestizide je nach Auswertung der Messungen über die Fahrzeuge direkt verabreichen lassen. So wollen Industrie und Agrochemie eine „klimafreundliche“ Landwirtschaft zaubern und uns weiteren Wachstum beschern. Damit sich das rechnet, bedarf es weiteren Geldes aus der „Gemeinsamen Agrarpolitik“ (GAP) und der Umsetzung neoliberaler Handelsabkommen, wie den Gemeinsamen Markt Südamerikas (MERCOSUR).

Und das Geschäft läuft so: Wird es für Ackergifte wie Glyphosat auf dem europäischen Markt doch zu eng, weil Verbraucher wach werden, schafft man sich z. B. einen Jair Bolsonaro und vergiftet südamerikanische Böden. Da gibt es

dank Diktatur keinen Widerstand. Ein unendlicher Wachstumsmarkt, wenn man gleich den Urwald mit weghaut. Mag Glyphosat auf brasilianischen oder argentinischen Maisäckern das Rinderrfutter vergiften und in die menschliche Nahrungskette gelangen? Was stört es uns in Deutschland? Dank guten Marketings ist südamerikanisches Rinderfilet in der EU so beliebt. Natürlich nebst anderen Landwirtschafts- und Nahrungsmitteln, denn lästigen Verbraucherschutz gibt es da nicht. Und das Bombengeschäft hat noch eine Nebenwirkung: Billig ist das Zeug! Die lästigen Ökolandwirte hier in Deutschland können dann einpacken, sind so nie wettbewerbsfähig, um gegen subventionierte südamerikanische Landwirtschaftsprodukte bestehen zu können. Und die 56 Mrd. Euro EU-Agrarbeihilfe



Ausbringen von Pestiziden auf einem Getreidefeld

Foto: www.pixaby.com

jährlich könnten sich zukünftig die Spezies von Agrochemie, Agrarindustrie, dem mit allen verflochtenen Deutschen Bauernverband (DBV) und die mit ihm verfilzte exportorientierte Ernährungsgüterwirtschaft selbst einstecken. Schon hört man munkeln, dass das Zwei-Säulen-System der Agrarsubventionsverteilung aus deutscher Sicht, auch zugunsten der Agrarkonzerne und deren „landschaftspflegerische Leistungen“ „modernisieren“ werden könnte. Mag sein, dass der Aufsichtsrat bei BAYER die Welt bereits so „visionär“ sieht? Anders ließe sich dessen Festhalten an Vorstandschef Baumann, dem seine Aktionäre ob seiner lebensfeindlichen Unternehmenspolitik, die Entlastung vor wenigen Tagen verweigerten, kaum erklären.

Nur, der perfide Plan des Agrobusiness wird nicht aufgehen! Das Klima macht da nicht mit! Die neue Verbrauchergeneration lässt es nicht zu. Aus Klimastreik wird ein Verbraucherstreik. Die junge Generation hat in der Schule gelernt und kennt einfachere und biologische Wege, um die Grundelemente unseres Lebens, Wasser und Böden, nachhaltig zu sanieren. Die Grenzen des Wachstums sind erreicht, es geht darum die Bodenfruchtbarkeit zu heben, das Klima zu entlasten und die Menschheit gesund zu ernähren. Denn Entscheidendes ist ins Ungleichgewicht geraten. Das Leben auf unserer Erde wird durch eine sehr dünne Bodenschicht bestimmt: den Humus. „In einer Hand voll Humus leben 6 Milliarden Mikroorganismen. . . (Diese Menge) ist in der Lage, hunderte Liter Wasser in einem geschlossenen Behältnis frisch und trinkbar zu halten. Einige wenige Gramm kompostierter Hühnermist, an frisch geschlüpften Küken gegeben,

hat zu einer Senkung der Tiersterblichkeitsrate von über 80 Prozent geführt.“<sup>41</sup> Humus ist also Leben. Zudem eine Grundlage unseres Lebens. Für einen Meter starken Ackerboden brauchte es 20.000 Jahre Erdgeschichte.

Heute, nach nur 100 Jahren konventioneller Landwirtschaft, ist diese Schicht nahezu weltweit ausgelaugt, vernichtet und befindet sich in den meisten Regionen weltweit in einem katastrophalen Zustand des Sterbens. Halten wir uns das vor Augen.

Wir wissen, dass die Natur sich in Kreisläufen ihre Regenerationskraft sichert und so die Existenzgrundlage allen Lebens bildet. Erforschen wir diese Kreisläufe von der Geburt bis zum Vergehen, vom Fressen bis zum Gefressen werden, erkennen wir zwei Möglichkeiten der Natur, mit abgestorbener Substanz umzugehen und sie zu verarbeiten. Die eine Möglichkeit ist das Verrotten organischer Masse unter Verwendung und Bildung von Sauerstoff (aerobe Prozesse), die andere Variante verläuft ohne Zufuhr von Sauerstoff und führt zu Fäulnis (anaerobe Prozesse). Vor deren Lebensfeindlichkeit warnen uns unsere Sinne. Mit der Fäulnis entstehen Milchsäuren, Gifte und Gase, die wir als einen unangenehmen Geruch wahrnehmen. Fäulnis ist schädlich für die Bodengare und führt zu einem gestörten ökologischen Gleichgewicht.

Im Bestreben, die Landwirtschaft zu intensivieren, höhere Hektarerträge zu erzielen und die Massentierhaltung auszuweiten, kam es mit der Einführung des synthetischen Düngers durch das Haber-Bosch-Verfahren und das Überangebot an organischem Dünger (Gülle) zu gestörten biologischen Stoffwechselprozessen. Diese, die in Form von Gärresten über Jahrzehnte auf die

Felder gebracht, in Monokulturen sich entfaltend und durch nicht nachhaltige Ackerbaumethoden begünstigt, mit viel zu schweren Ackergerät ausgebracht, führen zur Vernichtung des Bodenlebens. Die Folge ist seine Versiegelung, seine fehlende Wasseraufnahmefähigkeit und Anfälligkeit für Krankheiten, der Befall durch Salmonellen, Streptokokken und anderen teils unbekanntenen Krankheitserregern „neuer Krankheiten“ oder resistenten tödlichen Keimen, deren Bekämpfungsmöglichkeit durch Antibiotikaeinsatz in der Massentierhaltung sowie in der Humanmedizin immer mehr Vorschub geleistet wird. Für den Verbraucher bedeutet es eine zunehmend ungesunde Ernährung mit Erzeugnissen einer Nahrungsgüterwirtschaft, die ohne chemische Konservierung nicht mehr auskommt. Wie konnte es soweit kommen? Dabei wissen wir doch aus dem Kreislauf der Natur, dass nur in gesunden Böden gesunde Pflanzen gedeihen können. Nur aus gesunden Pflanzen kann sich ein Tier gesund ernähren. So setzt sich die Nahrungskette gesunder Ernährung bis zum Menschen fort. Das ist ein Naturgesetz! Abstrahieren wir heute, was im Zeichen des Klimawandels zu tun wäre, um bei schwindender Ertragsfähigkeit der Böden und zunehmend vergifteter Grund- und Oberflächengewässer und deren Kreisläufe getan werden sollte, um die Menschheit zu ernähren? Da kann die Antwort doch nur lauten: Die in einander verflochtenen Lebenskreisläufe zu stärken, statt Ökosysteme durch ständig neue Eingriffe, wie Dünger und Chemikalien weiter zu therapieren! Stärken wir in der Landwirtschaft die aufbauenden Kräfte der Natur, statt vermeintlich störendes abzutöten, wandeln

**IDUR** 

Informationsdienst Umweltrecht e.V.

IDUR INFORMATIONSDIENST  
UMWELTRECHT E.V.  
NIDDASTRASSE 74  
60329 FRANKFURT/MAIN  
TEL.: 069-252477  
FAX.: 069-252748  
E-MAIL: INFO@IDUR.DE  
WWW.IDUR.DE



wir anaerobe Prozesse in aerobe um, um Fäulnis in Rotte zu wandeln und bauen wir Humusschichten auf, um die Regenerationskraft der Böden zu erhöhen, dann wäre ein erster Schritt zu einer Agrarwende getan.

Der Ruf nach deren Dringlichkeit ist nicht neu. Schon vor 80 Jahren konstatiert Victor Schaubberger, Forstmeister und Wissenschaftler, eine sich abzeichnende Fehlentwicklung in der Landwirtschaft. „Man muss die Natur kopieren, um sie zu kopieren“, schrieb er in seinem Buch „Unsere sinnlose Arbeit“, indem er schon zu Zeiten des Reichsnährstandes, Vorläufer des Deutschen Bauernverbandes in den 30er und 40er Jahren, „sinnloses gar kontraproduktives Schaffen vorwirft“.<sup>2</sup> Immer mehr Menschen begreifen, dass die Wichtigkeit gesunder Böden wächst.

Annie Francé-Harrar, eine österreichische Wissenschaftlerin, Agrarberaterin der Brasilianischen Regierung in den 50er Jahren und mit ihrem Mann Raoul Heinrich Francé weltweit beachtete Bodenkundlerin, beschreibt schon 1950 in ihrem umfassenden Werk „Die letzte Chance für eine Zukunft ohne Not“ den Zusammenhang und die Wechselwirkung zwischen Wald, Wasser, Luft und Humus. Sie führt den Beweis, dass die Fruchtbarkeit der Erde von Mikroorganismen im Humus abhängt und stellt dabei fest, „daß bisher auf dem ganzen Erdball nur Humusverbrauch stattgefunden hat und damit eine stetige Verminderung der Fruchtbarkeit der Böden einhergegangen ist. Künstliche Düngung kann diesen Niedergang der Fruchtbarkeit nicht aufhalten“, weist sie nach. „Die mechanische Bearbeitung des Bodens beschleunigt diesen Rückgang sogar noch.“ Die Grundlagen und Abläufe des Lebens in der Natur verstehen wir nur dann, „wenn wir sie auch in der freien Natur erforschen. Es gibt keinen anderen Weg!“, warnt sie, die Krise des heutigen Agrarsystems vorausschauend.<sup>3</sup>

„Die Voraussetzungen für einen ersten Schritt einer Agrarwende, Gewässer- und Umweltsanierung sind längst geschaffen“, erläutert Roland Kästner, selbst Agraringenieur und freier Forscher beim Märkischen Institut für Innovations- und Technologieförderung (MITI) e. V. in Strausberg: „Es geht immer darum, die aufbauenden Kräfte der Natur zu stärken und ihnen in ihrem

ganz normalen Überlebenskampf mit den abbauenden Kräften, wieder eine Chance zu geben, sich durchzusetzen. Damit werden den heilenden Energien der Natur (Fermente, Enzyme, Sporenpilze, Peniciline u. a.) zielgerichtet entwickelt und eingesetzt. . . . Aber um in der Landwirtschaft bzw. der Nahrungsgüterproduktion wirksame Gesundungsprozesse einleiten zu können, ist ein grundsätzliches Umdenken erforderlich.“ Wir dürfen nicht die Pflanzen oder Böden mineralisch überdüngen und mit Schutzmitteln in ihr Wachstum eingreifen, sondern „das Bodenleben, das Edaphon stärken. . . . Wir folgen dem Prinzip die Mikrobe ist nichts – das Milieu ist alles und müssen zur biologischen Kreislaufwirtschaft zurück und haben dafür praxiswirksame Verfahren entwickelt.“<sup>4</sup>

Mit dem Durchbruch der Bioinformatik als Wissenschaft um den genialen Chris Sanders von der Harvard University oder jüngst durch den Schweizer Amos Bairoch vom Swiss Institute of Bioinformatics, erhielt auch das Wirkprinzip Wilhelm Reichs, dem der deutsche Forscher Roland Plocher schon seit mehr als dreißig Jahren folgt, neue Möglichkeiten in der Anwendung. Plocher, der als Landwirtschafts- und Umweltsanierer weltweit einen geachteten Platz einnimmt, hat aus den wissenschaftlichen Erkenntnissen Schaubergers, Harrars, Reichs und Sanders sein eigenes „Plocher-Energiesystem“ zur Wiederherstellung gestörter Kreisläufe in Stoffwechselprozessen entwickelt.<sup>5</sup> Er verbindet also klassische Forschung von Bodenkundlern, Biologen und Agrarwissenschaftlern mit der Bioinformatik und Biotechnologie, um umweltstärkende, biologisch vitale Verfahren zur Informationsübertragung in der Natur zu entwickeln. Eine politisch gewollte und geförderte Überleitung in die gesellschaftliche Praxis wäre von höchster Bedeutung, so ließen sich doch auf natürlicher Basis Böden sowie Gewässer sanieren und Bioabfälle aufbereiten!

Und es besteht ein Riesenbedarf, durch Politikversagen bis heute für die Menschheit unbefriedigt. Nehmen wir z. B. die Gülle. Im Zuge der Überarbeitung der Düngemittelrichtlinie kam es im Bundestag zu einer Anhörung in der Frage: „Wie viel Gülle darf auf die Felder?“ In einer Einzelanhörung wies

Prof. Dr. Friedhelm Taube, Agrarwissenschaftler an der Uni Kiel nach, dass Pflanzen einen tatsächlichen Bedarf von maximal 150 kg/ha Stickstoff nicht überschreiten (diese Aussage bezog er auf Mais, einer ohnehin der Biodiversität abträglichen, Humus zehrenden Monokultur). Der Ausschuss machte daraus 200 kg/ha. Natürlich unbegründet, ohne die Wissenschaft zu befragen. Mit verheerenden Folgen. Die Überdüngung der Böden wurde legalisiert. Zulässige Grenzwerte wurden überschritten. Krebserrigende Stickstoffverbindungen gelangten bis ins Grundwasser. Die EU-Kommission musste einschreiten. Seitdem besteht eine Strafanzeige der EU von 850.000 Euro pro Tag, die Deutschland zu zahlen hat, sollte der Gülleeinsatz nicht auf das zulässige Maß reduziert werden.<sup>6</sup> Die Rechnung bezahlt der Steuerzahler und der Verbraucher mit seiner Gesundheit. Für die Zukunft unserer Kinder entsteht zudem eine ungeklärte Hypothek. Wer haftet dafür? Dabei bräuchte dieses Problem gar nicht zu bestehen, denn Roland Plocher und andere Anbieter wie Grander, Ertl oder Higa, sind längst in der Lage, mit ihren Systemen die Umwandlung anaerober Gülle oder Gärreste in aerobe, ungiftige, Wachstums belebende Produkte aufzuspalten und damit zum Humusaufbau beizutragen. Keine Überdüngung bräuchte so in Oberflächengewässer, geschweige ins Grundwasser zu gelangen. Fragen wir bei Prof. Dr. Klose (MITI) nach, ob der Stand der Forschung und Praxisüberleitung heute ausreichend sei, um eine Agrarwende zu fordern. Oder ob das „System Roland Plocher“ in Deutschland eine Ausnahme bildet und er als Pionier – seiner Zeit im Voraus – zu betrachten sei. Ihn verwundert diese Frage. Das „System Plocher“ sei ausgereift und ließe sich in der Praxis mit anderen Methoden, wie die aus Mykorrhiza-Forschung, dem Natur-Zeolith-Einsatz oder biologischen Verfahren zur Trockenflächenbewirtschaftung hervorragend ergänzen. In anderen Ländern, oft außerhalb der EU, wird es längst praktiziert. Mit überragenden Ergebnissen in Zentralasien oder Nordafrika. Die Politik muss begreifen, dass „Naturgesetze objektiv über Wirtschaftsinteressen stehen. Diese müssen erkannt und im Einklang mit der Natur für eine Agrarwende genutzt werden. Nicht die Agrarindustrie ist



Autor Hans-Joachim Börner

Foto: privat

„der Bauer“, sondern nur der Landwirt selbst darf sich so nennen. Dessen Kenntnis und der Gesetzmäßigkeiten von Naturkreisläufen müssen wir uns besinnen! Sonst läuft uns die Zeit davon,“ entnehme ich seiner Antwort. Schon vor 20 Jahren sah der Biokybernetiker und Publizist Prof. Dr. Frederic Vester mit der Klimaproblematik eine der größten Gefahren auf die Menschheit zukommen. Bezogen auf den Zusammenhang zur Agrarwirtschaft konstatiert er: „Wenn man die modernen Agrarverfahren mit den neueren Forschungen der Ökologie vergleicht, dann ist das heute angebaute Areal der Weltlandwirtschaft – ein einziges ökologisches Katastrophengebiet!“<sup>7</sup>

Dem lässt sich nur hinzufügen, dass die EU-Agrarpolitik bis heute nichts gelernt hat. Selbst BeraterInnen von Bundesregierung und EU-Kommission wie Andrea Beste (Büro für Bodenschutz & Ökologische Agrarkultur), Prof. Friedhelm Taube (Agrarwissenschaftler Uni Kiel) oder Prof. Josef Settele (Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung) gelingt es nicht, bei Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner Gehör zu finden. Sie, die „Freundin der Bienen“, ist noch nicht einmal bereit, den Einsatz von Pestiziden und Total-Herbiziden zu stoppen, selbst wenn die Pariser Artenschutzkonferenz der UN davon spricht, dass eine Million Pflanzen- und Tierarten wegen dieser Landwirtschaftspolitik vom Aussterben bedroht sind.<sup>8</sup> In den USA werden BAYER und Monsanto wegen ihrer Giftmischerei erfolgreich verklagt. BAYER- und BASF-Aktien stürzen in den Keller. Doch der Bundesrat blockiert weiterhin den Glyphosatausstieg und das Bundesinstitut für Risikobewertung mahnt ab, wer das Umweltgift öffentlich kritisiert.<sup>9</sup> Welcher Konflikt bahnt sich hier an? Wer wird Verantwortung übernehmen? Die Politik muss sich endlich ihres Mandats besinnen. Sie hat dem Leben zu dienen und nicht den Profitinteressen ihrer Klientel. Beratungsresistenz und Ignoranz wissenschaftlicher Erkenntnis wird immer mehr zur Zerreißprobe in unserer Gesellschaft. Stimmen werden

laut, ein Ende der GAP zu fordern. Ist diese Agrarpolitik noch gemeinsame Agrarpolitik?<sup>10</sup> Nicht im Sinne des Lebens – nein! Noch immer wird nur halbherzig und widerstrebend die Klimawende angegangen. Doch Klima- und Agrarwende gehören zusammen! Wir werden sie einfordern müssen.

■ Hans-Joachim Börner

#### Quellenverzeichnis:

<sup>1</sup> Roland Kästner: „Biotechnologie – gewinnen durch verstehen“ Eigenverlag, S.2

<sup>2</sup> Victor Schauburger „Unsere sinnlose Arbeit“

<sup>3</sup> Siegfried Lübke 2010, Kommentar zu „Handbuch des Bodenlebens“,

<sup>4</sup> Roland Kästner: „Biotechnologie – gewinnen durch verstehen“ Eigenverlag S. 4

<sup>5</sup> vgl.: [www.plocher.de](http://www.plocher.de)

<sup>6</sup> vgl.: ARD vom 29. April 2019 „Gekaufte Agrarpolitik“

<sup>7</sup> vgl.: Frederic Vester: „Zeitbombe Klimawandel“, Eigenverlag, CD-ROM

<sup>8</sup> vgl.: ARD, Monitor vom 2. Mai 2019 „Das große Artensterben: Wie die Agrarpolitik Julia Klöckners die Artenvielfalt bedroht.“

<sup>9</sup> Junge Welt vom 15. April 2019, S.5, „Glyphosatausstieg blockiert“

<sup>10</sup> vgl.: ARD, Monitor vom 2. Mai 2019 „Das große Artensterben: Wie die Agrarpolitik Julia Klöckners die Artenvielfalt bedroht.“

## Wie der Klimastreit die Schweiz erschüttert

Wer am 14. April 2019 den „Focus“ der Schweizer Sonntagszeitung von hinten nach vorn gelesen und mit den Leserzuschriften begonnen hat, erlebt eine aufgewühlte Schweizer Seele, wegen des anhaltenden Klimastreiks Schweizer Schüler. Das nicht nur in Bern, Zürich, Genf oder Basel, sondern nahezu in der ganzen Schweiz. Eine ganze Seite füllt die Klagen der Eltern. Mal teilhaben wollen sie, alles verstanden haben sie. So schreiben sie. Nur ihre Gewohnheiten, wie das Sport Utility Vehicle (SUV), die Einkaufsflüge, das Fleischessen, wollen sie nicht lassen. Sie würden ja, wenn die Chinesen doch nur nicht auch so viel. . . und die Geburtenraten zurückgehen würden und überhaupt – die Anderen. Die armen Schweizer, hin und her gerissen sind sie.

Und dann auch noch Felix Finkbeiner im Interview ertragen müssen. Drei Seiten lang. Er, selbst einst Kinderstar der Umweltbewegung, wird nach dem Grund des Erfolgs von Greta Thunberg befragt. „Weil sie klar spricht. Und weil sie dabei etwas ausspricht, was wir alle wissen. Wir kennen seit Jahren die Probleme. . . Wir haben das Pariser Klimaabkommen, in dem jedes Land der Welt sich Klimaziele gesteckt hat. Wir wissen ganz genau, was die Schritte sein müssten, um diese Ziele auch einzuhalten. . . Ein schnellerer Kohleausstieg, stärker in erneuerbare Energien investieren, und vor allem müssen wir globale Lösungen suchen.“ Es passiert nichts, „weil es unbequem ist. Weil immer kurzfristige Herausforderungen, über die man zuerst

spricht (vorgeschoben werden/Anm. d. Autors): die Finanzkrise, die Eurokrise, die Flüchtlingskrise. . . Die Leute, die gerade die Entscheidungen treffen, sind von den Konsequenzen nicht betroffen, sondern immer die Generationen danach.“<sup>11</sup> Greta hält uns den Spiegel vor. Deshalb ist sie bei Menschen, die sich um ihre Zukunft sorgen, beliebt. Von den Zukunftslosen, um das Goldene Kalb Tanzenden, gehasst.

Aber so ganz in Schwarz-Weiß geht es auch in der Schweiz nicht. Selbst in der Schweizer Volkspartei (SVP) brodelt es. Der Kampf ums Klima wird auch dort zum beherrschenden Wahlkampfthema. Während SVP-Präsident Albert Rösti an einem Positionspapier festhält, welches behauptet, seit 1998 habe es keine Klimaerwärmung mehr gegeben,

und Parteikollege Roger Köppel keine Gelegenheit auslässt, die „Klimajugend“ zu verhöhnern und dabei die SVP als Anti-Klima-Partei zu positionieren versucht, tut sich ausgerechnet an der Basis dieser Partei Revolutionäres. Dort führt Landwirt und Berner SVP-Stadtrat Daniel Lehmann eine Gruppe gleichgesinnter Bauern an, die den Kampf gegen den Klimawandel aufgenommen haben. Ihm schwebt vor, durch veränderte Ackerbaumethoden „den in der Grünpflanze gebundenen CO<sub>2</sub>-Anteil als Humus in die Böden zu bringen und so jährlich 30 t CO<sub>2</sub> pro Hektar Ackerfläche speichern zu können. Damit, so rechnet Lehmann vor, könnte allein in der Schweiz der CO<sub>2</sub>-Verbrauch von 1,8 Millionen Menschen kompensiert werden.“<sup>2</sup> Schweizer Behörden haben sich des Themas angenommen. „Im Kanton Solothurn läuft in Zusammenarbeit mit Bauern ein offizielles Pilotprojekt. Und im Bundesamt für Landwirtschaft prüft eine Arbeitsgruppe, wie man die visionäre Anbaumethode ins Direktzahlungssystem integrieren könnte.“<sup>3</sup> Auch das französische Agrarforschungsinstitut INRA unterstützt das Projekt und verkündet, dass theoretisch „der gesamte CO<sub>2</sub>-Ausstoß kompensiert werden könnte, ließe sich der Humusgehalt aller landwirtschaftlicher Böden jährlich um nur 4 Promille erhöhen.“<sup>4</sup> Für Klimaschützer spätestens seit dem Pariser Klimaabkommen (vgl. LIBELL Nr. 172, „Der Kampf ums Klima – oder nach uns die Sintflut“) längst kein Geheimnis mehr. Aus dem Ziel wurde auf der UN-Klimakonferenz 2017 (COP 23) die Initiative „4 promille“. Doch während die einen den Klimavertrag am liebsten totschweigen, panisch umgehen oder großtechnisch in gigantischen visionären Projekten einer digitalen, satellitengesteuerten Landwirtschaft zur industriellen Wirtschaftsförderung umwidmen wollen, wird es für Schweizer Landwirte zum Geschäftsmodell für eine nachhaltige, ganzheitlich-ökologische Landwirtschaft, die eine biologische Lösung für Klimaschutz bei gleichzeitiger Vitalisierung der Böden anstrebt.

Auf die Frage nach dem Geheimnis seines Humusprojektes und „was einen Bauern antreibt das Klima zu retten“, antwortet Lehmann „das Leben“. Der kluge Bauer – so lasse ich mich belehren – der befähigt war, ein Gut zu leiten,

nannte sich früher im Griechischen „Oikonomou“. Aus dem leitete sich später das Wort Ökonomie – das Management von Ressourcen – ab. „Der kluge Bauer“ begriff sich von jeher als Bestandteil der Natur. Hörte auf sie, verstand sie, studierte und wirtschaftet im Einklang mit ihr. Mit seinen Anbaumethoden achtet er das Leben und vitalisierte seine Pflanzen, „statt sie zu selektieren“, ergänzt ein Kollege. Jede Störung des ökologischen Gleichgewichts führt zu einem Verlust an Biodiversität und ist im klassischen Sinne Ressourcenverschwendung. „Wir haben es verlernt mit Naturkreisläufen umzugehen. Unser Verfahren setzt beim biologischen Abfall an. Wir beschäftigen uns mit Rotte- und Fäulnisprozessen, um mit forciertem Humuseinsatz bessere Wirkungen zu erzielen, als mit agrochemischen Methoden bei Düngung und Pflanzenschutz Lebenskreisläufe zu zerstören,“ weiß der Züricher Biowinzer Max Furrer hinzuzufügen.

Und wenn man in diesem Sinne die Empfehlungen der Wissenschaft im Vorfeld der Pariser Verträge studiert, hinterfrage ich, erkennt man, dass wir zu einer ganzheitlichen Ökologisierung der Landwirtschaft gelangen müssen? „Ja,“ lautet die Antwort. „Wenn die Wissenschaft auf einem globalen Klimagipfel wie in Paris Empfehlungen gibt, wie mit der Vier-Promille-Humus-Initiative geschehen, dann geschieht dieses auf einer klaren Zustands-Analyse weltweiter Ackerböden und den Ergebnissen detaillierter Humusforschung,“ ergänzt Professor Klose vom MITI Strausberg. Unseren Böden geht es schlecht. Fünf bis sieben Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche verschwinden jährlich weltweit. 24 Milliarden Tonnen Ackerböden gehen durch Erosion verloren, mindestens eine Milliarde davon in der Europäischen Union. Durch Intensivierung der Landwirtschaft erleidet Deutschland einen jährlichen Verlust von 20 Tonnen fruchtbaren Ackerbodens pro Hektar Ackerfläche. Die Böden leiden unter Verdichtung, fehlenden Fruchtfolgen durch Monokulturen, Pestizide sowie überzogene und falsche Düngung. Durch zu hohen Stickstoff-Eintrag und Kohlenstoffmangel leiden die Böden zudem unter Mangelernährung, fügt Andrea Beste vom Büro für Bodenschutz und ökologischen Agrarkultur, ständige Beraterin

des Bundestags, von EU-Parlament und EU-Kommission hinzu.<sup>5</sup>

Die von den Bauernverbänden beschworene Ertragsstabilität unserer Böden besteht nur, weil von außen massiv zu viel Dünger, vorwiegend mit Medikamenten versetzte Gülle aus der Massentierhaltung, zugefügt wird. Diese Überdüngung ist so massiv, dass Deutschland Strafzahlungen wegen Überschreitung der EU-Nitratrichtlinie zu erwarten hat, weil Grundwasser zu verseuchen in Gefahr läuft und massiv seine Biodiversität, die Voraussetzung für Humusbildung und Artenvielfalt untergräbt. Selbst Reserve-Antibiotika werden eingesetzt. Nach einer von Germanwatch erstellten Prognose werden ab 2050 mehr Todesfälle durch Infektionskrankheiten als Krebs zu verzeichnen sein, da Antibiotika gegen die neu entstehenden multiresistenten Keime nicht mehr wirken können.<sup>6</sup> Ein Teufelskreis für die menschliche Gesundheit, Ernährung und Klimafolgen tut sich auf. Die Erde scheint im Klimawandel durch ein Übermaß an Treibhausgasemissionen (Kohlenstoffgase) zu verbrennen, die Menschen durch Kohlenstoffmangel in den Böden zu verhungern oder an ihrer Ernährung zugrunde zu gehen. Verhindern könnte das ein Bodenschutzgesetz, das insbesondere für die Landwirtschaft auch seine Schutzziele benennt. Das seit 1999 bestehende Gesetz tut das nicht. Für die Landwirtschaft nennt es eine „gute fachliche Praxis“. Wie die aussieht ist für jeden offen. Eine europäische Bodenschutzrichtlinie sollte diesen Mangel beheben. Die EU-Kommission legte vor. Auf Grund deutscher Initiative kam diese zu Fall. Das war in 2011. Seitdem herrscht Schweigen.

Die Schweizer Bauern wollen nun selbst den Kohlenstoff über den Humusaufbau ihrer Ackerböden in die Erde bringen und so den Klimawandel stoppen. Und die deutschen Bauern? Doch, wer ist mit „dem deutschen Bauern“ gemeint? Wer verbirgt sich hinter diesem Begriff, den Medien gern hochspielen, um Gegensätze zwischen Naturschützern und Landwirten zu konstruieren und sie gegeneinander auszuspielen? Gut 80 Prozent aller Bauern sind Mitglied des Deutschen Bauernverbandes (DBV). Aber vertritt dieser auch ihre Interessen? Einer Forsa-Umfrage nach, scheint die absolute Mehrheit der deutschen



Bauern ähnlich wie ihre Schweizer Berufskollegen zu denken. 68 Prozent sind mit der aktuellen EU-Förderung unzufrieden. 91 Prozent wünschten sich Mittel für eine tierfreundliche Viehhaltung, 87 Prozent wären bereit, mehr für den Naturschutz zu tun, würde dieser eine angemessene Förderung erhalten und 83 Prozent würden lieber umweltfreundlicher produzieren.<sup>7</sup>

Die Schweizer Behörden, wie die Fachstelle Bodenschutz des Kantons Bern um Amtsleiter Andreas Chervet sieht im Humusaufbau ein gutes Mittel im Kampf gegen den Klimawandel. In Deutschland kommt das Thema kaum in die Medien, obwohl sich die damaligen Minister Barbara Hendricks (Umwelt) und Christian Schmidt (Landwirtschaft) anlässlich der UN-Klimakonferenz 2017 ( COP 23) mit

Verkündung der Initiative „4 promille“ in der Öffentlichkeit feiern ließen.<sup>8</sup> Das Engagement des Ministers Schmidt war wohl eher halbherzig, sein späterer Alleingang für die EU-Marktzulassung von Glyphosat bleibt unvergessen (vgl. LIBELL Nr. 169).

Oder hat die Forschung versagt und keine praxistauglichen Anwendungen geliefert? Im Gegenteil, sie wäre für eine Agrarwende gerüstet (vgl. „Humus ist Leben“ in gleicher Ausgabe). Warum gelingt die Überleitung zukunftsweisender biologisch nachhaltiger Innovationen in die gesellschaftliche Praxis so selten? Eine Antwort darauf gibt uns der Europaabgeordnete Prof. Dr. Klaus Buchner (MEP) der Ökologisch-Demokratischen Partei Deutschlands (ÖDP), der am 23. März 2019 in Erkner seine Erfahrungen aus dem Bayeri-

schen Volksbegehren für Artenvielfalt im Zusammenhang mit Europäischer Agrarpolitik auf erhellende Art und Weise vermittelte (vgl: „Wieder gesund genießen & Bienen retten – Agrarwende jetzt“ in gleicher Ausgabe).

■ Hans-Joachim Börner

Quellenverzeichnis:

<sup>1</sup> „Es ging los, weil meine Lehrerin Klima und Wetter verwechselte“, Focus (Schweiz), 14.04.2019, S.17

<sup>2</sup> „Ein SVP-Bauer will das Klima retten, SonntagsZeitung (Schweiz), 14.04.2019, S.9

<sup>3</sup>ebenda

<sup>4</sup> vgl. [www.inra.fr](http://www.inra.fr)

<sup>5</sup> vgl. 3sat „nano“, 5.12.2018

<sup>6</sup> vgl. [www.germanwatch.org/de/16426](http://www.germanwatch.org/de/16426)

<sup>7</sup> NABU Newsletter, 20.04.2019

<sup>8</sup> BMEL Newsletter, 16.11.2017

## Agrarwende jetzt!



Der kleine Fuchs verzeichnet bereits einen Rückgang

Foto: [www.pixabay.com](http://www.pixabay.com)

Am 18. Mai 2018 startete die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) Bayerns ihr Volksbegehren „Rettet die Bienen, Vögel, Schmetterlinge – Stoppt das Artensterben“. „Wir erleben derzeit das größte Artensterben seit den Dinosauriern und können hier nicht mehr tatenlos zusehen“, wurde zum Credo der Partei. Der Aufruf wurde angenommen. Die Naturschutzverbände, allen voran der BUND Bayern, nahmen das Thema auf. Andere Verbände und Vereine, wie „Mehr Demokratie“ und Parteien wie DIE GRÜNEN folgten. Im Ergebnis gingen 1.745.383 Wahlberechtigte in

die Ämter um ihre Stimme für das Bürgerbegehren abzugeben, das waren 18,4 Prozent der Stimmberechtigten in Bayern. Doch die Gegner formierten sich. Eine Stimme erhielten sie durch das BR-Fernsehen mit der Sendung „jetzt red i“ am 27. Februar 2019 in der Hubert Aiwanger (Freie Wähler), stellvertretender Ministerpräsident und DBV-Sympathisant, Widersprüche zwischen naturschutzfachlichem Belangen und existenziellen Interessen „der Bauern“ ausmachen wollte. Verfehlungen deutscher Landwirtschaftspolitik, in deren Folge 12.000 bäuerlicher Betriebe

bisher sterben mussten, wälzte er nach Brüssel ab.

Grund für den ÖDP-Europa-Abgeordneten Prof. Dr. Klaus Buchner am 23. März 2019 nach Erkner ins Gerhart-Hauptmann-Museum zu kommen. Schon der Titel „Wieder gesund genießen & Bienen retten – Agrarwende jetzt“ ließ erkennen, dass er zu einer ganzheitlich ökologischen Denkweise anrät. Dazu bedarf es interdisziplinären Denkens. EU-Agrarpolitik kritische Stimmen, die eine Agrarwende einfordern, um ökologische Ungleichgewichte zu korrigieren, sind dabei zu implementieren. Jeder Bürger guten Willens unabhängig welcher Parteizugehörigkeit sollte einbezogen sein.

So fordert Buchner ein Umdenken der EU-Agrarpolitik. „Wenn wir nicht schnell gegensteuern, kommt es zu Kollaps des Ökosystems“. Gemeinsam mit den Grünen bereitet die ÖDP im Europaparlament derzeit ein EU-Volksbegehren für eine Agrarwende vor. Notwendig wird das, da 80 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe in der Europäischen Union (EU) in Folge Brüsseler Agrarpolitik aufgeben mussten. Etwa 270 Arten von Ackerwildkräutern in ihrem Fortbestand gefährdet sind und deren Bestandsdichte unter 90 Prozent zurückgegangen ist. Die Masse aller Fluginsekten um 75 Prozent zurückgegangen ist, wobei 80 Prozent

aller Nutzpflanzen durch Insekten bestäubt werden. Seit 1965 sind 65 Prozent aller Vogelarten verschwunden. Feldvögel sind um die Hälfte und manche Arten von ihnen um mehr als 80 Prozent zurückgegangen.

Er begründet die Notwendigkeit einer Agrarwende in ihrem Zusammenhang zum Klimaschutz. 18 Prozent aller Klimagifte kommen aus der Landwirtschaft. Das dort durch die Massentierhaltung freigesetzte Methan (40 Prozent der weltweiten Methanemission kommt aus der Landwirtschaft) ist 25mal so klimaschädlich wie freigesetztes Kohlendioxid. Die Auswirkungen gegenwärtiger Landwirtschaft ist für unser ohnehin überfordertes Gesundheitssystem verheerend. Jährlich ster-

ben in der EU 50.000 Menschen durch resistente Keime. Und es werden mehr werden. Selbst Reserve-Antibiotika werden in der Massentierhaltung verstärkt eingesetzt. Die Heilungschancen für Krankheiten wie Tuberkulose liegen aufgrund zunehmender Krankheitskeime bei unter 50 Prozent.

Doch der Agrarausschuss der EU in dem der Deutsche Bauernverband (DBV) seit Jahrzehnten den Ton angibt, verlangt das Gegenteil: 80 Prozent der gesamten zur Verfügung stehenden riesigen Agrarsubventionen sollen dafür aufgewendet werden Großagrarier unabhängig ihrer Leistung nach der Anbaufläche zu beschenken. Nur 20 Prozent sollen für die kommenden fünf Jahre für Umweltleistungen vergeben

werden, die aber noch so verwässert sind, dass sie für industrielle Agrarkonzerne Mitnahmeeffekte bedeuten und Arbeitsplatz schaffende ökologische Landschaftspflege, wie dem Vertragsnaturschutz, kaum Mittel belassen. „Die Landwirtschaftliche Überproduktion bedingt durch den Export, zerstört unsere Böden – insbesondere humusarme Böden wie in Brandenburg – und ist in der Bilanz durch die Subventionierung der Flächenbewirtschaftung so kontraproduktiv, dass sich die EU-Landwirtschaft selbst zerstört.“

■ Hans-Joachim Börner

Quellenverzeichnis:

[www.klaus-buchner.eu](http://www.klaus-buchner.eu)

[www.agrarwende-jetzt.de](http://www.agrarwende-jetzt.de)

## Klima auf der Kippe

**Es braucht eine politische Heizeit, um die drohende apokalyptische Klima-Heizeit noch zu verhindern.**

Das Jahr 2018 signalisierte mit seinen weltweiten Hitzewellen und Dürren, austrocknenden Flüssen und verheerenden Waldbränden eine beschleunigt zunehmende globale Erwärmung.

Es ist inzwischen an jedem Küchentisch angekommen, dass es ein ernstes Problem mit dem Klima gibt und schnell gehandelt werden muss.

„Ohne schnelle Reduktion von CO<sub>2</sub> und anderen Treibhausgasen wird der Klimawandel immer zerstörerischer und hat immer mehr irreversible Folgen für das Leben auf der Erde,“ sagt der Chef der Weltmeteorologie-Organisation (WMO) Petteri Taalas. „Das Zeitfenster, in dem wir etwas tun können, hat sich fast geschlossen.“

Das Klima des Planeten steht offensichtlich auf der Kippe und nur sehr schnelle Maßnahmen großen Umfangs können sein Abrutschen in den lebensfeindlichen Zustand einer sich selbst verstärkenden Heizeit noch verhindern. Doch die Kluft zwischen dem Notwendigen und der „Realpolitik“ wird immer größer.

Greta Thunberg brachte das allgemeine diffuse Unbehagen auf den Punkt: „Ich will, dass ihr handelt, als wenn euer Haus brennt, denn das tut es. ...“ Eine 16-jährige sagt endlich die Wahrheit so, dass sie jeder versteht: „Das Haus brennt.“ „Wir müssen löschen!“ Und: „Wir wollen eine Zukunft haben.“

Ihre klaren Worte werden verstanden. Weltweit protestieren Schüler und Studenten, aber auch immer mehr Ältere gegen das offensichtliche Politikversagen angesichts der nahenden Klimakatastrophe.

Laut ARD-Deutschlandtrend befürworten 55 Prozent aller Befragten die Klimademonstrationen, die „Fridays for Future“, 80 Prozent sind für einen schnellen Kohleausstieg und die wiederergrüneten „GRÜNEN“ eilen von einem Umfragehoch zum Nächsten.

Nicht nur das Klima des Planeten, auch das gesellschaftliche Klima, steht offensichtlich auf der Kippe.

Man kann nur hoffen, dass die „Kippunkte“ im gesellschaftlichen Bewusstsein eher erreicht sein werden als die im Klimasystem. Angesichts der Dimension der notwendigen Veränderungen braucht es eine schnelle „grundlegende Machtverschiebung“ (Robert Habeck) in der Gesellschaft. Es geht um nicht weniger als die Wiederherstellung des Primats der Politik, – um ein neues hegemoniales Projekt der Vernunft, denn nur die Politik kann die überlebensnotwendigen ökologischen und ökonomischen Weichenstellungen und Rahmensetzungen vornehmen. Der fossil-mobile Machtblock, der seit 25 Jahren den notwendigen ökologischen Umbau ausbremst, muss schnellstmöglich seinen enormen, völlig un-

verhältnismäßigen Einfluss auf die Gesellschaft und Politik verlieren. Wer sich die Zukunft nur als Verlängerung der Gegenwart vorstellen kann, stellt sie gerade dadurch in Frage. Es braucht offensichtlich eine politische Heizeit, um die drohende apokalyptische Klima-Heizeit noch zu verhindern.

Das drohende Überschreiten entscheidender Kippunkte im Klima- und Erdsystem bedeutet den irreversiblen Übergang in die sich selbst verstärkende Phase der Erderwärmung, doch das scheint weder der Politik noch der Öffentlichkeit bisher hinreichend klar zu sein. Die politisch Verantwortlichen befinden sich weltweit in einem interesselgeleiteten Verblendungszustand, der sie gegen eine realistische Wahrnehmung der drohenden Gefahren regelrecht immunisiert und der sich ein „Weiter so“ als das kleinere Übel vorstellt.

Substanzielle Gegenmaßnahmen werden daher immer wieder hinausgeschoben und die Schere zwischen dem nicht zukunftsfähigen Ist-Zustand und dem zum Überleben Nötigen wird immer größer. Alles läuft inzwischen auf einen „Disastrous Climate Change“, einen katastrophalen Klimawandel, hinaus den es laut Artikel 2 der völkerrechtlich verbindlichen Klimarahmenkonvention (UNFCCC) gerade zu verhindern gilt. Das Risiko der Zerstörung der Lebens-

räume von Milliarden Menschen, aus kurz- und mittelfristigen Macht- und Profitinteressen in Kauf zu nehmen, ist ein Verbrechen an der Zukunft der Menschheit, das Tatsachen schafft, die von den kommenden Generationen nicht wieder korrigiert werden können.

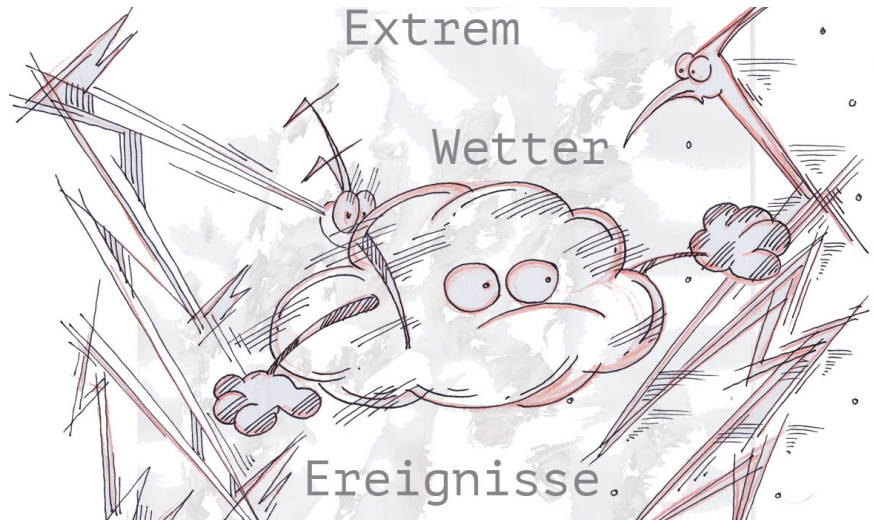
### Der Totalitarismus der Gegenwart auf Kosten der Zukunft

25 Jahre symbolischer Klimapolitik haben aus dem Klimawandel eine Klimakatastrophe gemacht.

Weltweit wächst der Wohlstand, doch das wird zunehmend zu einer Bedrohung für das Leben. Wir verbrauchen die Substanz des Planeten, ohne dass diese sich noch regenerieren kann. Damit enteignet und verbraucht die Gegenwart die Zukunft.

Unsere derzeitige Wirtschafts- und Lebensweise ist bekanntlich eine exklusive „Imperiale Lebensweise“ (Brand/Wissen, 2017), die auf der Ausplünderung und Ausbeutung des Planeten und des Südens beruht. Die Folgen, in Form von Abfällen und Treibhausgasen, werden exportiert bzw. externalisiert. Doch der Zugriff des „weißen“ Imperiums ist total, er beschränkt sich nicht auf die Gegenwart, er umfasst auch die Vergangenheit und sogar die Zukunft. Die in Jahrmillionen akkumulierten Leistungen der Biosphäre, endliche Rohstoffe und fossile Brennstoffe, werden ohne Rücksicht auf die Interessen und Rechte der kommenden Generationen verbraucht und künftiger Nutzung entzogen. Die Gegenwart überlastet die Gemeinschaftsgüter der Erde derartig (z. B. die Wälder und Ozeane als Kohlenstoffsinken), dass sie ihre Leistungsfähigkeit verlieren, womit die Zukunft nicht nur enteignet, sondern unmöglich gemacht wird.

Wir verpassen also nicht nur in einer beispiellosen Verschwendungssorgie, was für alle und tausende von Jahren reichen könnte und sollte; nein damit nicht genug: Wir zerstören sogar, wahrscheinlich irreversibel, die Reproduktionsfähigkeit der natürlichen Lebensgrundlagen, also die Fähigkeit der Biosphäre, Kohlendioxid aufzunehmen, die Temperatur zu regulieren und Sauerstoff zu produzieren und ausreichend Biomasse, als Grundlage der Nahrungsketten, um nur einiges zu nennen. Es droht der baldige, weitgehende Kollaps der lebenserhaltenden



Karikatur: Kathrin Fahrenz

Biosphäre. In all dem offenbart sich ein fatales Demokratiedefizit. Nicht nur der globale Süden und die Natur befinden sich in einem weitgehend rechtlosen und ungeschützten Zustand, sondern auch die kommenden Generationen. Man könnte von einem Totalitarismus der Gegenwart auf Kosten der Zukunft sprechen, die bisher im System quasi nicht vorkam, denn „Die Zukunft flüstert, aber die Gegenwart brüllt“ – zumindest war es bisher so. Die Utopie der Sachwalter der Gegenwart ist eine zeit- und raumgreifende Verlängerung und Vergrößerung der Kapitalakkumulation ins Unendliche, die sie sich nur als exponentielles Wachstum des Existierenden vorstellen können. Doch dafür ist auf der Erde kein Platz.

Die im Inneren des megamaschinellen Getriebes zunehmende Gefühls- und Schmerzempfindlichkeit und eine wachsende Entfremdung vom Lebendigen bewirken zudem, dass der fortschreitende Verlust des Lebens und selbst die drohende Überlebenskrise der eigenen Gattung kaum gespürt werden.

Nicht zufällig sind es junge Menschen, die noch lebendig, empfindend und weniger gepanzert sind, die „for Future“ demonstrieren, während die Älteren eher ihre Besitzstände in der Gegenwart bewahren wollen.

Greta Thunberg: „Unsere Zivilisation wird dafür geopfert, dass eine sehr kleine Anzahl von Menschen weiterhin enorme Mengen von Geld machen kann. Unsere Biosphäre wird geopfert, damit reiche Menschen in Ländern wie meinem in Luxus leben können. Es sind die Leiden der vielen, die für den Luxus der wenigen bezahlen.“

### Der größte Massenmord der Geschichte

Die Gegenwart bietet den kommenden Generationen einen denkbar schlechten „No Future-Deal“ an:

„Ihr kauft weiter unsere Sachen und spielt weiter unsere Spiele und wir hinterlassen euch dafür die Erde als Wüste, mit nicht mehr allzu vielen Vorräten. Aber natürlich habt ihr die Freiheit in der Wüste nach Wasser zu bohren und Bäume zu pflanzen, vielleicht bringt ihr das Klima ja wieder in Ordnung...“

Vielleicht aber auch nicht. Der frühere US-Außenminister John Kerry sprach auf der Münchner Sicherheitskonferenz von einem „gemeinsamen Selbstmordplan“, den die Welt verfolge – da nicht das getan werde, „was getan werden muss“ („Das ist ein gemeinsamer Selbstmordplan“, Klimareporter, 17.02.2019).

Doch man muss einmal beim Namen nennen: Was hier ins Werk gesetzt wurde und wird, ist weder ein unvermeidbares Unglück und auch kein gemeinsamer Selbstmordplan, sondern fahrlässige, wenn nicht gar vorsätzliche Tötung. Man kann den fünf Milliarden Armen dieser Erde, die kaum zum Klimawandel beigetragen haben und den kommenden Generationen (zumal den noch Ungeborenen) kein Einverständnis mit diesem Wahnsinn unterstellen, wie die weltweiten Klimademonstrationen deutlich machen und wie eine anwachsende Flut von Klimaklagen belegt (siehe: Anne Kling, „Klimawandel und Menschenrechte - können es die Gerichte richten?“, Heinrich-Böll-Stiftung, 5. März 2019). Es handelt sich bei der, aus niedrigen Beweggründen wie Gier, Macht- und Besitzstreben



herbeigeführten Klimakatastrophe nicht nur um eine Menschenrechtsverletzung größten Ausmaßes, sondern in letzter Konsequenz um den größten Massenmord der Geschichte, denn Politik und Konzerne wussten und wissen seit 30 Jahren was sie tun und welches Risiko sie in Kauf nehmen (Benjamin Franta, Sie wussten, was sie tun, Blätter, 11`18). Doch nicht nur die Politik und die fossilen Großkonzerne, wir alle wissen und ahnen seit langem, was wir tun. Und wir alle sind in der Verantwortung dafür, dass das Leben weitergeht und weitergehen kann.

Wir haben die Älteren seinerzeit gefragt, „Wie konntet ihr die Verbrechen der Nazizeit zulassen, ihr habt es doch gewusst, ihr konntet es wissen...“ Unsere Kinder und Enkel fragen uns heute wieder: „Wie konntet und könnt ihr die Klimakatastrophe und die Zerstörung der Lebensgrundlagen zulassen? Ihr wart und seid doch bestens informiert über die Zerstörungen und die Veränderungen überall. Ihr kennt den Preis Eures Wohlstands und Eurer Bequemlichkeit. Und ihr lebt in keiner Diktatur...Wie könnt ihr es zulassen?“ Wir können es nicht zulassen! „Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht.“ Wir haben kein Recht zu resignieren, sondern die Pflicht, alles Menschenmögliche zu tun, um die Erde im „grünen Bereich“ zu halten. Wir wissen nicht genau, ob wir noch etwas retten können, aber wir wissen mit großer Sicherheit, dass bald nichts mehr zu retten sein wird, wenn wir noch eine Weile weitermachen wie bisher.

Die protestierenden Schüler und Studenten haben alles Recht der Welt, im Namen all der kommenden Generationen dem Wahnsinn des „Weiter so“ Einhalt zu gebieten und ihr Lebensrecht einzufordern und zu verteidigen. Sie stellen die unabweisbaren Fragen, die wir jetzt beantworten müssen.

#### **Das Klimaverbrechen verhindern**

Die Klimaproteste der Schüler und Studenten waren und sind der langerhoffte „Weckruf für den Klimaschutz“ (Germanwatch und WWF, 2018). Sie sind notwendig und überaus berechtigt, wie auch die entschiedene, einhellige Unterstützung der Wissenschaftler (Scientists for Future) zeigt, doch sie reichen nicht aus.

Es braucht einen noch viel breiteren gesellschaftlichen Aufbruch (Parents

for Future, Teachers for Future, Artists for Future) und das entschlossene Engagement von Gewerkschaften, Kirchen, Verbänden und Parteien, um die rechtliche Verpflichtung zu ausreichendem Klimaschutz rechtzeitig durchzusetzen und das drohende Klimaverbrechen an den kommenden Generationen sowie die irreversible Zerstörung der Lebensgrundlagen noch zu verhindern. In den nächsten zehn Jahren, den wichtigsten der Menschheitsgeschichte, wie viele meinen, muss eine ökologische Wende um 180 Grad vollzogen werden.

Der Weltklimarat IPCC betont: Aus naturwissenschaftlicher und technischer Sicht ist eine Begrenzung der Erderwärmung (auf 1,5 Grad) noch machbar. Allerdings sind dafür „schnelle und weitreichende Veränderungen“ („rapid and far-reaching transitions“) in allen wichtigen Sektoren der Weltwirtschaft nötig – in Energie, Industrie, Verkehr, Gebäuden, Städten und Landnutzung. Diese Veränderungen, so heißt es in der „Zusammenfassung für Entscheidungsträger“, sind von „beispiellosem Ausmaß“. Es geht um reale, sehr schnelle Emissionsreduzierungen von 50 Prozent bis 2030 und um die Erreichung von Null-Emissionen bis 2050.

Doch die Mächtigen wollen das Überlebensnotwendige noch weitere 20 Jahre auf die längst nicht mehr vorhandene lange Bank schieben, wie der „Kohlkompromiss“ und der absehbare „Verkehrskompromiss“ zeigen. Doch „es gibt keine Kompromisse (Grauzonen), wenn es ums Überleben geht,“ könnte man mit Greta Thunberg sagen. Der Klimawandel ist der einzige Wandel, den wir bald nicht mehr beeinflussen können.

Der Widerspruch zwischen einer prinzipiell unbegrenzten kapitalistischen Expansion und den begrenzten erdsystemischen Kapazitäten ist der antagonistische Hauptwiderspruch unserer Epoche, der nur durch eine Anpassung der Menschheit an die erdsystemischen Gegebenheiten aufgelöst werden kann. Wir werden erdsystemkompatibel sein oder nicht. Wir müssen uns jetzt entscheiden, ob wir das Klima- und Erdsystem oder das derzeitige Wirtschafts-, Energie- und Mobilitätssystem stabilisieren wollen, beides gleichzeitig ist nicht möglich.

Individuelles Wohlverhalten und noch so gutgemeinte Alternativ- und Selbst-

hilfeprojekte reichen allerdings nicht aus, um das Steuer noch herum zu reißen, wenn das Falsche strukturell und systemisch massiv begünstigt wird. Das fossile Weltzerstörungsprojekt wird nach wie vor mit jährlich ca. 60 Mrd. Euro subventioniert (weltweit sind es laut „Scientists for Future“ sogar 5 Billionen US- Dollar) und seine immer verheerenderen Folgen werden sozialisiert und externalisiert, also auf die Gesellschaft, die Natur und vor allem auf die kommenden Generationen abgewälzt. Wenn eine Tonne CO<sub>2</sub> laut Umweltbundesamt (UBA) Schäden in Höhe von 180 Euro verursacht (Hohe Kosten durch unterlassenen Umweltschutz, Umweltbundesamt, PM Nr. 37/2018 vom 20.11.2018), aber faktisch nach wie vor fast nichts oder viel zu wenig kostet, dann offenbart sich darin nicht nur Marktversagen, sondern auch der übermäßige Einfluss fossiler Großkonzerne auf die derzeitige Politik (siehe: Thilo Bode, Lobbyismus 2.0: Der industriell-politische Komplex, Blätter 10`18). Der Widerspruch zwischen den Profitinteressen einiger und den Überlebensinteressen der Vielen wird immer offensichtlicher.

#### **Leben für die Zukunft – Zukunft für das Leben**

Der Transformationsdruck gegen die „Große Blockade“ der Verteidiger des Status quo wächst bereits beständig, doch er muss weiter erhöht werden. Um die massive Begünstigung des Falschen endlich zu beenden, dürfte ein Machtwechsel unumgänglich sein. Es muss das Primat einer vernunftgeleiteten Politik durchgesetzt werden, die Gemeinwohlinteressen und langfristige Überlebensinteressen gegen kurzfristige Sonderinteressen durchsetzt. Das weitere „falsche“ Wachstum der destruktiven, fossilistischen Strukturen muss schnellstmöglich beendet werden zugunsten des nötigen Um- und Aufbaus nachhaltiger, zukunftsfähiger Wirtschafts- und Lebensweisen und für die nötigen Vermeidungs- und Anpassungsmaßnahmen. Es geht um das Ganze, um eine neue Politik der ökologischen und ökonomischen Rahmensetzung, die nicht aufhebbare erdsystemische Begrenzungen akzeptiert und berücksichtigt.

Ein weiterer Handlungsaufschub und Klimaschutz am St. Nimmerleinstag sind nicht möglich. 2038, im Jahr des

viel zu späten Kohleausstiegs, dürfte die Erderwärmung bereits unkontrollierbar geworden sein und sich irreversibel selbstständig haben. Es braucht ein neues, politisch und kulturell hegemoniales Projekt, das sich tatsächlich danach ausrichtet, wozu Deutschland rechtlich verpflichtet ist und was notwendig ist, um die erdsystemische Stabilität und Reproduktionsfähigkeit aufrecht zu erhalten und wieder herzustellen.

Leben für die Zukunft – Zukunft für das Leben oder Zukunft für Alle – Alle für die Zukunft, das wäre das Leitmotiv einer sozialökologischen Wende. Allerdings hat man den Eindruck, dass die potentiellen Akteure des „Andersherum“ gleichsam „zum Jagen getragen werden müssen“ und weder willens noch fähig scheinen, sich dieser Jahrhundertaufgabe anzunehmen. Die LINKE blockiert und marginalisiert ihr eigenes ökologisches Potenzial und scheint sich als Regional- und Klientelpartei zu genügen, und die SPD hat vom vielen Krötenschlucken als Juniorpartner der Endlos-GroKo Schwierigkeiten, mit eigener Stimme zu sprechen. Dabei ist sie vor nunmehr 30 Jahren noch für den „Ökologischen Umbau der Industriegesellschaft“ in den Wahlkampf gezogen. Natürlich wird die Gravitation der „Mitte“, also des „Weiter so“, versuchen einzubinden was geht, bis sie schwer genug ist, was sie ja bisher immer geschafft hat. „Doch in Gefahr und größter Not, ist der Mittelweg der Tod.“ Das haben inzwischen sehr viele Menschen begriffen und möglicherweise gibt es längst eine neue Mitte der Gesellschaft, neue Mehrheiten, die bloß noch nicht wirksam werden konnten. Vielleicht braucht es auch eine gleichermaßen parteiunabhängige, wie parteiübergreifende Sammlungs- und Bürgerbewegung Klimaschutz, eine Alternative für das Leben, deren Listen allen offenstehen und die nur der Sache verpflichtet ist, die endlich das Überfällige anpackt, den Reformstau auflöst und die Weichen in Richtung Zukunft stellt.

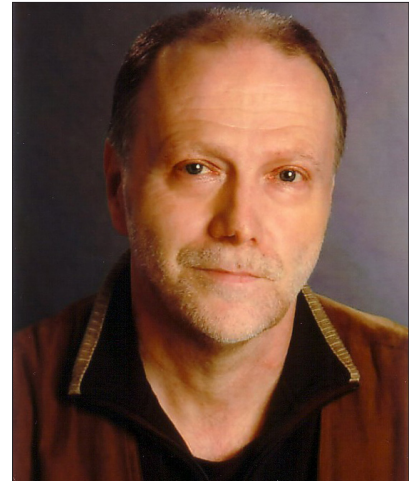
Eine breite Klimaschutzbewegung könnte den Weg für diese neue politische Koalition der Vernunft bereiten und so mithelfen, dass endlich die notwendige „Große Transformation“ aller Gesellschaftsbereiche auf den Weg gebracht wird und die Weichen in Richtung Zukunft und Überleben

gestellt werden. Das Vernünftige ist längst mehrheitsfähig, es muss nur wirklich gewollt, breit popularisiert und entschlossen in Angriff genommen werden. Und es ist längst eine unaufschiebbare Notwendigkeit.

Die Umlenkung der unsinnigen Subventionen für fossile Brennstoffe, der schnelle Kohleausstieg, die Verkehrswende (kostenloser ÖPNV), der Übergang zu 100 Prozent ökologischer Landwirtschaft (Glyphosat-Verbot), massive Aufforstung, eine Steuer auf Flugbenzin (Kerosinsteuer), eine Plastik- und Verpackungssteuer – das wäre ein Sofortprogramm, dem eine breite Zustimmung sicher wäre. Notwendig wäre zudem eine sozial gerechte, belastbare politische Rahmensetzung, die Energie, Rohstoffe und vor allem Emissionen progressiv ansteigend verteuert, mit einer weitgehenden CO<sub>2</sub>-Besteuerung als Schlüsselstrategie und damit den Strukturwandel in Richtung Null Emissionen vorantreibt. „Denn erst, wenn die planetarischen Begrenzungen, die unser Handeln limitieren, als reale finanzielle und ökonomische Faktoren in Erscheinung treten, erzwingen sie reale Verhaltensänderungen und realen Klimaschutz (J. Tallig, „EARTH FIRST: Der Preis des Lebens“ in Blätter für deutsche und internationale Politik, 10`2018).

Ob und wie schnell ein grün-rotes Reformprojekt den fossil-mobilen Machtkomplex in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zurückdrängen kann, hängt auch vom Druck der „Straße“ ab. Die überall neu entstehenden und wachsenden Strukturen einer basisdemokratischen und zukunftsorientierten Zivilgesellschaft, wie Parents for Future oder Potsdam for Future können dem gesellschaftlichen Wandel Rückhalt und Antrieb sein und eine dauerhafte Repolitisierung und Demokratisierung der Gesellschaft bewirken.

Solch ein gelingendes Projekt Zukunft, wäre überdies ein unverhofftes Geschenk Deutschlands an die Welt. Dass da ein klimapolitischer Vorreiter wäre, der nicht nur den eigenen Vorteil sucht, sondern mit Partnern auf Augenhöhe das allgemeine Beste und der die notwendige Gerechtigkeit zwischen Generationen und Ländern, nicht als Machtbeschränkung, sondern als Voraussetzung für Stabilität begreift – nicht nur beim Klima, sondern auch



Autor Jürgen Tallig

Foto: privat

ökonomisch und finanziell – das könnte möglicherweise auch Impuls für ein globales Umsteuern sein.

Und es braucht einen baldigen globalen Aufbruch, sehr viele große und kleine Schritte, denn unsere derzeitige „Komfortzone“ ist in Wirklichkeit eine Todeszone, die wir schnellstmöglich verlassen müssen, wenn das Leben eine Zukunft haben soll.

■ Jürgen Tallig

<https://earthattack-talligsklimablog.jimdofree.com>

(aktuell siehe auch „Erderwärmung außer Kontrolle?“ 2019)

Literatur:

U.Brand/M.Wissen, Imperiale Lebensweise, 2017

WBGU, Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Hauptgutachten 2011

WBGU, Klimaschutz als Weltbürgerbewegung, Sondergutachten 2014

Naomi Klein, „Kapitalismus vs. Klima“, 2015

Uwe Schneidewind, Die Große Transformation, 2018

Jürgen Tallig, „Letzte Ausfahrt Paris“, Umwelt aktuell 12. 2015/01.2016

„Rasante Zerstörung des Blauen Planeten“ Umwelt aktuell 12.2016/01.2017

„Die Tödliche Falle“ Umwelt aktuell 11.2017

„Klima auf der Kippe“, 2018, Online-Zeitschrift „scharf-links“

„Erderwärmung außer Kontrolle?“ 2019, Online-Zeitschrift „scharf-links“

„Zukunftsfähiges Deutschland“, Studien des Wuppertal Instituts 1997 und 2008

# Zeitgemäße Reform der Grundsteuer

## Boden ist Gemeingut

Die Finanzministerien der Länder untersuchen schon seit Jahren mehrere Grundsteuer-Reformoptionen von Modellvarianten, konnten sich aber politisch bisher auf keines der Modelle zur Besteuerung von Grund und Boden mitsamt der Aufbauten (Gebäude), das heißt der „verbundenen Bemessungsgrundlage“, einigen.

Das Bundesverfassungsgericht hat nun im April 2018 die Grundsteuer B auf Bauland und bebauten Land in ihrer aktuellen Form als verfassungswidrig bzw. als nicht mehr vereinbar mit dem Grundgesetz erklärt.

In einigen Inhalten ist die Grundsteuer veraltet und die Berechnungen basieren auf unterschiedlichen Einheitswerten; im Osten auf Werten von 1935 und im Westen von 1964 – ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz.

Die Grundsteuer ist mit rund 14 Milliarden Euro eine wichtige Einnahmequelle für die Kommunen, die im Endergebnis in ungefähr gleicher Höhe beibehalten werden soll. Bis Ende 2019 müssen nun die Grundsteuer-Berechnungen einheitlich für alle Bundesländer reformiert werden und die neuen Besteuerungsgrundlagen bis Ende 2024 für ca. 36 Millionen Grundstücke eingeführt sein. Es ist unwahrscheinlich, diese große Aufgabe mit jeweils komplizierten individuellen Berechnungen zu Grundstück und zu einzelnen Gebäuden termingerecht, rechtssicher und gerecht zu bewältigen, um diese Steuer-Einnahmen nicht zu gefährden. Eine zeitgemäße Reform der Grundsteuer ist möglich über ein sinnvolles alternatives Modell zur Erneuerung der Grundsteuerberechnung als reine Bodenwertsteuer. Diese ließe sich auf der Basis der flächendeckend von den kommunalen Gutachterausschüssen regelmäßig ermittelten Bodenrichtwerte relativ leicht umsetzen.

Unbebaute Grundstücke und auch das bewusste, häufig spekulative Brach-Liegen-Lassen oder eine Unternutzung von Bauflächen werden im Vergleich zu bebauten Grundstücken mit der Bodenwertsteuer deutlich stärker belastet. Eine höhere Baudichte reduziert die Umlage der Grundsteuer auf die Neben-

kosten der einzelnen Mieter. Zusätzlich könnte optional der Bodenwert- auch noch eine Bodenflächenkomponente hinzugefügt werden, die Wertunterschiede dämpft – wenn dies politisch in einer Gemeinde gewünscht ist.

Dies führt zu einer teilweisen Umverteilung der Steuerlast zwischen hoch- und niedrigpreisigen Lagen und vereint die Vorteile eines wertabhängigen und eines wertunabhängigen Ansatzes.

„Ein wirtschaftlicher Umgang mit dem knappen Gut Fläche, die innerörtliche Aktivierung von Flächen für Wohnen und Gewerbe und die Ertüchtigung des Gebäudebestands sind dauerhafte Herausforderungen in und für die Städte und Gemeinden überall in Deutschland. Der Grundsteuer könnte hierbei eine Schlüsselrolle zukommen, wenn sie hilft, diese Herausforderungen zu bewältigen. Für die Kommunen bundesweit wäre eine zeitgemäße, investitionsfreundliche, sozial ausgewogene und zukunftsgerichtete Grundsteuer von großer Bedeutung.“<sup>1</sup>

### Grundsteuer: Zeitgemäß! - Ein bundesweiter Aufruf zur Grundsteuerreform

Wir, die Unterzeichnenden, appellieren daher an den Bund und die Länder, die „reine Bodenwertsteuer“ und die „kombinierte Bodenwert- und Bodenflächensteuer“ in ihre Überlegungen zur Reform der Grundsteuer einzubeziehen. Beide Varianten haben sich sowohl in Simulationsanalysen<sup>2,3</sup> als auch einem kommunalen Praxistest<sup>4</sup> als vorzugswürdig herausgestellt. Eine Entscheidung über die Reform der Grundsteuer darf erst getroffen werden, nachdem auch diese beiden Varianten vertieft untersucht und bewertet sowie mit den anderen zur Diskussion stehenden Varianten verglichen wurden. Wir appellieren außerdem an die kommunalen Spitzenverbände, sich gemeinsam mit uns für eine umfassende Prüfung und Bewertung der zwei erwähnten Varianten einzusetzen.

„Boden ist kein vom Einzelnen erzeugtes Gut, hat also nicht den Charakter einer Ware. Er ist ein Erbe der Menschheit, welches zur sorgsamsten Verwaltung für zukünftige Generationen überge-

ben wurde. Jeder braucht Grund und Boden, deshalb muss er grundsätzlich allen Menschen zugänglich sein. Der Einzelne ist Nutznießer desselben. Ein Wertzuwachs, der aus gesamtwirtschaftlicher Entwicklung entsteht, ist nicht der Verdienst des Einzelnen und steht somit der Gemeinschaft zu.“ (Stiftung trias)

Nicht nur für ökologische bzw. gemeinwohlorientierte Projekte, sondern auch für Privatpersonen und Mieter ist der Umgang mit der Bodenfrage entscheidend für eine mögliche Realisierung von nicht profitorientierten Projekten und eine langfristige Sicherung derselben.

Primär in den Großstädten durch die Bodenverknappung, aber auch in ländlicheren Bereichen durch die aktuell niedrige Zinslage, ist im Rahmen der zunehmenden Boden-Spekulation der Berechnungsweg und die Umlage der Grundsteuer mit marktregulierend. Aktivitäten bzw. Investitionen in Objekte, also die Ertüchtigung von Gebäudebestand – insbesondere auch für Bauherrschaften die umweltbewusst ihre Bauvorhaben und gemeinwohlorientierte Projektbetreiber – dürfen nicht zu einer höheren Grundsteuer führen. Dies garantiert zum Beispiel eine Grundsteuer in Form einer Bodensteuer und trägt somit zu einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine Gemeinwohlorientierung der Immobilienentwicklung bei.

Dies als unser kurzer Appell, warum der bundesweite Aufruf zur Grundsteuerreform vom B.A.U. unterzeichnet wurde und unbedingt von allmöglichen Seiten mit unterstützt werden sollte. Ausführlichere Fachinformationen, Details, Presseveröffentlichungen zu den verschiedenen Modellansätzen und Intentionen – auch zu dem vorliegenden, mit großen Aufwand zu ermittelnden, wertabhängigen Reformmodell von Bundesfinanzminister Olaf Scholz vom November 2018 – finden sich auf der „Zeitgemäße Reform“-Unterstützer-Seite unter: [www.grundsteuerreform.net/](http://www.grundsteuerreform.net/)

■ Susanna Engelhardt  
Bund Architektur & Umwelt



Quellenverzeichnis:

<sup>1</sup> [www.grundsteuerreform.net/](http://www.grundsteuerreform.net/)

<sup>2</sup> Ralph Henger und Thilo Schaefer (2015): Mehr Boden für die Grundsteuer – Eine Simulationsanalyse verschiedener Grundsteuermodelle. IW policy paper, Nr. 32, Institut der deutschen

Wirtschaft Köln.

<sup>3</sup> Dirk Lühr (2017): Grundsteuerreform: Ende einer Odyssee? Ergebnisse einer zahllastbezogenen Analyse. Wirtschaftsdienst, Heft 11, November 2017, Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft.

<sup>4</sup> Michael Lehmbruck und Diana Coulmas (2001): Grundsteuerreform im Praxistest: Verwaltungsvereinfachung, Belastungsänderung, Baulandmobilisierung. Difu-Beiträge zur Stadtforschung, Bd. 33, Deutsches Institut für Urbanistik, Berlin.

## Demokratie erkämpfen, heißt auch Demokratie bewahren

### 30. Jahrestag des Nachweises der gefälschten Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 durch die Umweltgruppe Cottbus (UGC)

Begonnen hatte es bereits im Februar 1989 mit einer erstaunlichen Einladung der Cottbuser Stadtspitze. Nach jahrelanger Pause wurde ausgerechnet mit Vertretern von Kirchengemeinden das „kommunalpolitische Gespräch“ im Rathaus gesucht. Es gehe keineswegs um die bevorstehenden Wahlen, sondern man wolle nur eine Tradition neu beleben. So schnell wären die Erfolge der letzten fünf Jahre vergessen. Doch auf unsere konkreten Fragen folgte meist nur hilfloses Achselzucken. Zum Abschluss gab uns der stellvertretende Oberbürgermeister Makowski noch mit auf den Weg, er erwarte keine Einmischung der Kirche in staatliche Angelegenheiten „wenn sie nicht von allgemeinem Interesse seien“. Einige kirchenfremde Gruppierungen müssten lernen, mit offenen Karten zu spielen.

Die „Lausitzer Rundschau“ log wenige Tage später in üblicher Weise: Von einem „turnusmäßigen Gespräch in vertrauensvoller Atmosphäre“ war da die Rede. Doch wir hatten die unmissverständliche Warnung schon verstanden und zogen in der UGC unsere eigenen Schlüsse: „Nun erst recht!“. Wir waren der staatlichen Gängelung, des täglichen Phrasenmülls, der offenkundig immer mehr wachsenden Widerspruchs zwischen Schein und Sein im „real existierenden Sozialismus“ müde und bereiteten uns darauf vor, unser demokratisches Recht der Wahlbeobachtung am 7. Mai wahrzunehmen. Mit Handzetteln instruierten wir die mutigen Leute, die dann meist zu zweit in die Wahllokale gingen.

Obwohl wir ahnten, dass die Stasi in der UGC immer mithorchte und der Magen

kribbelte, waren wir doch überrascht, problemlos in 30 der knapp 100 Cottbuser Wahllokale mitzählen zu dürfen. Bei uns vor der Haustür im WK XIII lag die Wahlbeteiligung zum Beispiel bei 90 Prozent und es lagen drei Prozent Nein-Stimmen vor.

Die Erleichterung hielt sich bis zur offiziellen Ergebnis-Bekanntgabe: Exakt die 560 Gegenstimmen, die die UGC ermittelt hatte, waren in den knapp 100 Wahllokalen im „offiziellen Wahlergebnis“ verzeichnet! Schlauserweise hatte man sowieso auf die Bekanntgabe der Ergebnisse jedes einzelnen Wahllokals verzichtet. Riesenenttäuschung brach sich bei uns Bahn: Welch erbärmliche Trickserei selbst bei einer so klar gewonnenen Wahl! Wie muss es um die innere Moral eines Staates bestellt sein, der so etwas nötig hat! Das war für uns ein weiteres Zeichen, wie sehr die DDR eine generelle „Erneuerung in der Wahrheit“ nötig hatte.

In den nächsten Tagen erhielten wir Informationen aus vielen Gebieten der DDR, die auf ein landesweites Betrugsmanöver hinwiesen. Wir wollten nicht mehr länger schweigen. Die UGC richtete am 12. Mai 1989 eine Eingabe an den Cottbuser Oberbürgermeister Müller, unterschrieben von Peter Model und vier weiteren Mitstreitern. Peter Model war es auch, der am 30. Mai 1989 mit einer Anzeige gegen unbekannt wegen Wahlfälschung gem. § 211 StGB an die Bezirksstaatsanwaltschaft Cottbus nachlegte.

Diese Anzeige und eine Rede von Peter Model standen dann auch am selben Tag im Mittelpunkt des mit großer Spannung und innerer Erregung erwarteten UGC-Abends zu den Ergebnissen der Kommunalwahlen in Cottbus. Wir hatten diesmal dem staatlichen Druck auf Rücknahme der kirchlichen Veranstaltung in der Schlosskirche

standgehalten, zumal die evangelische Kirchenleitung als Hausherrin uns nur „taktische Empfehlungen“ gab.

Die Schlosskirche war nach den Ankündigungen in den Kirchengemeinden so überfüllt, wie wir es noch nie erlebt hatten: im Schneidersitz auf dem Fußboden, auf der Treppe und Empore, im Vorraum Schulter an Schulter – es konnte kein Apfel mehr zu Boden fallen! Schon vor Beginn hatte es Gedränge vor dem großen Poster gegeben, das kommentarlos unsere Zählungen mit den offiziellen Ergebnissen aus der Lausitzer Rundschau (LR) verglich.

Nach einleitenden Worten von Christoph Polster – als Christen ist unsere Wahl gefallen: für Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit – verlas Matthias Grundwald den Text der Eingabe, der genau auf die Verletzung des Wahlgesetzes einging: Selbst Rechenfehler sind nicht statthaft. Wir forderten die vollständige Veröffentlichung sämtlicher Wahllokal-Ergebnisse und Neuwahlen. Darauf brandete enormer, wie befreiend wirkender, nicht enden-wollender Beifall auf! Das war ein Schlüsselmoment neuen Selbstbewusstseins in der Öffentlichkeit. Viele spürten so etwas wie Stolz, in dieser Stunde dabei gewesen zu sein. Peter Model gab mit klarer fester Stimme ein Zeugnis seiner Betroffenheit ab, aufrüttelnd, aber nicht verletzend – eben die sozialistische Demokratie beim Wort nehmend. Er wisse ja schon, dass Lügen und Schönfärberei weitgehend selbstverständlich in unserer Gesellschaft seien, aber diese Wahlfälschung sei eine schockierende Erfahrung! Weiter zu schweigen zu diesem selbst mitverantworteten Zustand könne nicht gut sein. Folgen der Lügen seien weit verbreitete Resignation und auch die Unfähigkeit zu ökologischen Problemlösungen. Jeder müsse die Möglichkeit haben, selbst zu urteilen

und im Brechtschen Sinne den Finger auf jeden Posten zu legen. Mit jedem neuen Beifall schien sich etwas aus der jahrelangen Verkrustung von Anpassung und Ängstlichkeit zu befreien. Dieser Abend war eine Zäsur.

Als die Menschen schließlich klopfenden Herzens aus der Schlosskirche traten, erwarteten sie draußen nicht unbedingt etwas Gutes, aber die Sprem (Spremerberger Straße) lag wie leer gefegt vor uns.

Am 13. Juni 1989 wurden Vertreter der UGC beim Staatsanwalt Cottbus-Stadt vorgeladen – nur, um ihnen lapidar mitzuteilen, dass auf Grund der Überprüfungen kein Verdacht auf Wahlfälschung bestehe. Diese Entscheidung müsse vor dem Bürger nicht begründet werden. Allerdings halte man unsere Zahlen „keineswegs“ für unglaublich. Wir könnten uns ja nochmal an den Kreis-Staatsanwalt wenden. Konnten Geistesspaltung und innere Demütigung noch weiter getrieben werden?

Am 30. Juni 1989 erhob die UGC Widerspruch gegen diese Mitteilungen der Staatsanwaltschaft, was ebenso ergebnislos blieb, wie ein Vorsprechen im Vorzimmer des OB am 11. Juli 1989 und eine Mahnung am 3. August 1989 an den OB wegen Nichtbeantwortung

unserer Eingabe. Wie wir heute wissen, waren alle diese staatlichen Reaktionen bis in die letzte Formulierung hinein vorher vom SED-Politbüro vorgegeben worden.

Am 30. September 1989 wusste die UGC sich nicht anders zu helfen, als einen Einspruch zur gefälschten Cottbuser Kommunalwahl an Egon Krenz zu richten, der am 7. November 1989 „mit sozialistischem Gruß“ nichtssagend und hinhaltend antwortete. Doch da ließ sich die übergroße Mehrheit der DDR-Bevölkerung bekanntermaßen eben nicht mehr länger hinhalten...

Im Jahr 1992 kam es dann endlich zu Gerichtsprozessen, die mit Geldstrafen endeten. Dies verhinderte im Einzelfall auch eine Weiterbeschäftigung Verantwortlicher in der Stadtverwaltung nicht. Eine Aufarbeitung innerhalb der Cottbuser Zivilgesellschaft fand nicht statt, obwohl Peter Model wiederholt, auch in der Stadtverordnetenversammlung, deren Notwendigkeit anmahnte. Am 16. April 1992 schrieb er in einem Leserbrief an die LR: „Wenn wir nicht aus unserer Geschichte lernen wollen, brauchen wir uns nicht zu wundern, dass wir wieder auf eine andere Art von Wahlbetrügnern hereinfliegen...“

Dies weiterdenkend in die Gegenwart

hinein, warnt die Umweltgruppe Cottbus nachdrücklich vor rechtspopulistischen Kräften, die sich aktuell vor den diesjährigen Kommunalwahlen als „Wahlbeobachter“ gerieren und dabei in zynischer Weise so gar eine Traditionslinie zu den Bürgerbewegten von 1989 herstellen wollen. Wir wenden uns gegen den Missbrauch des Mottos „Wir sind das Volk!“ aus der friedlichen Revolution, deren Werte Freiheit, Toleranz und Solidarität für uns Errungenschaften des Herbstes 1989 sind. Wer mit Fremdenhass und Intoleranz gegen eine offene pluralistische Demokratie vorgeht, kein Problem im Zusammenwirken mit Neonazis, Hooligans und den geistigen Vorbereitern eines altväterlichen „weißen“ deutschen Staates hat, spaltet unsere Gesellschaft. Dies steht – wie auch das totale Verleugnen des menschengemachten Klimawandels und das Braunkohle-Abbauen bis zur letzten Krume – im diametralen Gegensatz zu den Zielen, denen sich die Umweltgruppe Cottbus auch heute noch verpflichtet fühlt:

Frieden – Gerechtigkeit – Bewahrung der Schöpfung.

■ Dr. Martin Kühne  
Mitbegründer der Umweltgruppe Cottbus

## Nachruf für unser Ehrenmitglied Werner Domain

Am 4. März 2019 ist unser langjähriges Ehrenmitglied Werner Domain verstorben. Als ich einige Tage später von seinem Tod erfuhr, waren all die vielen Erinnerungen und die mit den vergangenen Ereignissen einhergehenden Emotionen wieder greifbar. Auch dass Werner genau an meinem 51igsten Geburtstag von uns ging, schafft eine durchaus emotionale Verbundenheit, die ich in den letzten Tagen in mir getragen habe. Ich bin traurig über seinen Tod, aber freue mich auch, mit diesen Worten an Werner Domain erinnern zu dürfen.

Am 14. Januar 1935 wurde Werner Domain in Horno (Rogow) geboren. Seine Vorfahren waren Hugenotten, die sich zwischen 1760 und 1770 in der Lausitz niederließen. Dem durch Kriege zerrütteten preußischen Staat waren die französischen Einwanderer sehr willkommen. Sein Großvater Friedrich Domain, der um das Jahr 1900 als Ak-



Werner Domain vor seinem Geburtshaus in Horno

Foto: privat

kordmaurer in Berlin arbeitete, kaufte ein weiteres Grundstück und baute eigenhändig im Jahr 1907 den Gasthof in Horno, das spätere Geburtshaus von Werner.

In den ersten Nachkriegsjahren führte diesen seine Mutter Anna Domain allein. Der Vater musste sich als Angehöriger der Landwacht der Verhaftung

entziehen und lebte bis 1947 getrennt von der Familie in Calau. So half der zehnjährige Werner schon frühzeitig in der mütterlichen Wirtschaft. Später betrieb die Familie Domain neben der Gastwirtschaft einen Landwirtschaftsbetrieb mit einer Schweine- und Rinderzucht. So lag es nah, dass Werner Domain Landwirt wurde. Im Jahr 1958

schloss er erfolgreich einen Meisterlehrgang ab und studierte anschließend in Cottbus Landwirtschaft. Nach dem Studium nahm Werner eine Tätigkeit in einer Behörde auf. Nach längerer Krankheit übernahm er 1968 den elterlichen Gasthof, der zwischenzeitlich an die Konsumgenossenschaft verpachtet war, wieder in Eigenregie. Zwanzig Jahre lang war das Wirtshaus sein Leben.

Im Wendejahr 1989 ging der Umsatz vieler kleinerer Betriebe stark zurück. Der Druck der Kohleindustrie auf die Bewohner stieg und die Ersten suchten sich eine neue Bleibe. Auch die Domains verkauften 80 % ihres Grundstückes zu dem auch das Gasthaus gehörte an das damalige Braunkohlekombinat. Ein Weiterbetrieb der Gastwirtschaft rechnete sich nicht mehr. In dem Ihnen verbliebenen Wohnbereich harten Ur-

sula und Werner Domain noch weitere 15 Jahre aus.

Mit der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten schwand die Bereitschaft vieler Dorfbewohner, so auch der Domains ihr Horno (Rogow) ihre Heimat der Braunkohlenverstromung zu opfern. Man studierte Braunkohlenpläne, stellte Recherchen an und beauftragte den Rechtsanwalt Dirk Tefßmer, ihre Interessen zu vertreten. Warum sollte das Dorf der Braunkohle weichen? Ein Abbau wäre doch wegen der geringen Kohlemächtigkeit unter der Siedlung nachweislich unwirtschaftlich? Oder wurde der Hornoer Berg für die Sanierung der Altlasten wie das Weißagker Restloch benötigt? Keiner der Verantwortlichen stellte sich diesen Fragen. Stattdessen brach selbst der Ministerpräsident Dr. Manfred Stolpe sein im März 1991 in

Horno abgegebenen Versprechen, im Kabinett nicht gegen den Willen der Hornoer Bürger zu stimmen.

Werner schrieb viele Briefe, in denen er über die wahren Gründe der Devastierung seiner Heimat aufklärte und um Unterstützung warb, so an die Abgeordneten des deutschen Bundestags und des schwedischen Reichstags, an den evangelischen Bischof von Berlin / Brandenburg, an die Europäische Kommission für Menschenrechte und sogar an Papst Johannes Paul II nur um einige Adressaten zu nennen.

Die Hornoer und mit Ihnen Werner Domain haben gelebt, gekämpft und gehofft. Nach Verfassungsbeschwerde, Verabschiedung des Hornogesetzes im Landtag, diversen Rechtsmitteln und weiteren Protesten hielten viele Bewohner dem unmenschlichen Druck nicht

## Werde Mitglied des Grüne Liga Brandenburg e. V.



Einzelmitglied	<input type="checkbox"/>	25,00 Euro / Jahr	oder ermäßigt	<input type="checkbox"/>	12,50	Euro / Jahr
Fördermitglied	<input type="checkbox"/>	ab 50,00 Euro / Jahr	Gruppenmitglied	<input type="checkbox"/>	75,00	Euro / Jahr

Vor- / Zuname\*:

KontoinhaberIn\*:

Adresse\*:

Kreditinstitut\*:

E-Mail-Adresse:

BIC\*:

Telefon:

Geb.-Datum:

IBAN\*:

\*Pflichtangaben

**Ich zahle per SEPA-Lastschrift und erteile eine Einzugsermächtigung bzw. ein SEPA-Lastschriftmandat für die:**

Grüne Liga Brandenburg e. V. ,Lindenstraße 34, 14467 Potsdam

Ich ermächtige den Grüne Liga Brandenburg e. V. widerruflich, Zahlungen von meinem Konto mittels SEPA-Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von dem Grüne Liga Brandenburg e. V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Mir ist bekannt, dass ich innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen kann. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Das Mandat gilt für wiederkehrende Zahlungen. Die Mandatsreferenz-Nr. wird dem Kontoinhaber mit einer separaten Ankündigung über den erstmaligen Einzug des Lastschriftbetrages mitgeteilt. Die Einzugsermächtigungen / das SEPA-Lastschriftmandat kann jederzeit ohne Grundangabe schriftlich widerrufen werden.

Ich/Wir möchte(n), dass der Beitrag bis auf Widerruf von meinem/unsere(m) Konto abgebucht wird

Ich überweise den Jahresbeitrag auf das Konto des Grüne Liga Brandenburg e. V.

IBAN: DE22 1806 2678 0000 0550 00 BIC: GENODEF1FWA

\_\_\_\_\_  
Datum / Ort

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

Hinweis: Satzung und Beitragsordnung sind auf unserer Internetseite [www.grueneliga-brandenburg.de](http://www.grueneliga-brandenburg.de) einzusehen.



mehr stand. Die Mehrheit der Dorfgemeinschaft zog in den Jahren 2003 bzw. 2004 nach Neu Horno. Das Ehepaar Domain aber blieb. Erlebte die schrittweise, langsame Zerstörung ihrer Heimat. Der Umzug der Nachbarn, die Zerstörung des Dorfes, die Sprengung der Dorfkirche am 29. November 2004 bis hin zur Zerstörung der letzten Grabstätte des Familiengrabes der Domains auf dem Friedhof und alles vor den Augen der letzten beiden Bewohner Hornos dem Ehepaar Domain.

In der Laudatio zur Verleihung der Ehrenmitgliedschaft schreibt Michael Gromm über diese Situation folgendes: „Vor drei Wochen musste der Vorschnittbagger rund 50 Meter vom Domain-Haus entfernt aus Sicherheitsgründen angehalten werden. Durch das Küchenfenster im ersten Stock schauten wir direkt in den Tagebau hinein.“

Kurz vor der mündlichen Verhandlung der Berufungsklage beim Oberverwal-

tungsgericht in Berlin am 2. November 2005 saßen der Rechtsanwalt der Domains, Dirk Teßmer, Ursula und Werner Domain mit Michel Gromm in dieser Küche am Küchentisch.

In der Laudatio heißt es weiter: „Werner wollte nach der möglichen Zurückweisung seiner Klage in Berlin Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht einreichen. Dirk Teßmer drängte darauf, das Vergleichsangebot von Vattenfall zu akzeptieren. Ihm war die Verantwortung ins Gesicht geschrieben. Werner hätte keine Chance in Berlin, sagte er, es gäbe kaum Zeit danach, nach Karlsruhe zu gehen. Die Zukunft sei viel zu unsicher, sagte er. Nach der verlorenen Berufungsklage müsse man davon ausgehen, dass die Zwangsräumung sofort angeordnet würde, dazu vielleicht Zwangsgelder - und dazu noch die erheblichen Prozesskosten. Werner Domain schaute mich an. Ja, ich wollte unbedingt mit dem

Präzedenzfall Domain nach Karlsruhe, aber ich entschied mich, nicht gegen Rechtsanwalt Teßmer zu opponieren, der die ganze Verantwortung trug, ihn nicht zu zwingen, gegen sein Gewissen zu handeln. Und so schwieg ich. Werner wollte aber den Verlauf der Verhandlung beim Oberverwaltungsgericht abwarten, um dann eine endgültige Entscheidung zu treffen.“

Ich habe mir immer die Frage gestellt, wie kann man eine solche Situation, die schon einem Martyrium glich, ertragen. Vielleicht war es das Grundstück im Mulknitz, in dass die Domains zogen und das ihnen diesen Weg bis zum bitteren Ende gehen ließ. Vielleicht waren es auch die vielen Mitmenschen an ihrer Seite oder diese Werner innewohnende Hartnäckigkeit. Auf jedenfall werden wir Ihn immer in unserem Herzen tragen und allen interessierten Menschen von diesen Ereignissen erzählen.

■ Michael Ganschow

## VISIONEN HABEN

## HANDELN ANREGEN

## NETZWERKE KNÜPFEN

IM JAHR 1990 GRÜNDETEN UMWELTBEWEGTE EIN NETZWERK, DAS SEINE WURZELN IN DEN KIRCHLICHEN UMWELT- UND FRIEDENSGRUPPEN, STADTÖKOLOGIEGRUPPEN SOWIE VIELEN ÖRTLICHEN NATUR- UND UMWELTSCHUTZINITIATIVEN DER DDR HAT. DIE GRÜNE LIGA BRINGT DEN ERFAHRUNGSSCHATZ IHRER VORGESCHICHTE IN IHRE GRUNDSATZPOSITIONEN EIN: GRENZEN DER RESSOURCEN AKZEPTIEREN, REGIONAL UND TRANSPARENT ENTSCHEIDEN, STRUKTUREN VON UNTEN ENTWICKELN, DIE ERDE ALLEN GEBEN, VIELFALT BEWAHREN, WERTE NEU BESTIMMEN, GESCHICHTE BEGREIFEN, NEU DENKEN, KONSEQUENT TIEFGREIFENDE VERÄNDERUNGEN FORDERN, DIALOGE ERMÖGLICHEN, ÖFFENTLICHKEIT INFORMIEREN, KONFLIKTE OHNE GEWALT LÖSEN.

DIE GRÜNE LIGA VEREINT GRUPPEN, INITIATIVEN UND EINZELPERSONEN, DIE SICH GEMEINSAM AUF VIELFÄLTIGE ART UND WEISE FÜR NATUR- UND UMWELTSCHUTZ EINSETZEN. INNERHALB DIESES NETZWERKS WAHREN DIESE GRUPPEN IHRE EIGENSTÄNDIGKEIT UND IDENTITÄT. ZIEL DES NETZWERKS IST DIE REGIONALE SOWIE FACHLICHE KOORDINATION UND UNTERSTÜTZUNG VON AKTEUREN UND AKTIVITÄTEN. DIE FACHARBEIT IST IN ARBEITSKREISEN VERNETZT – STRUKTURELL HABEN SICH IN DEN FÜNF NEUEN BUNDESLÄNDERN UND IN BERLIN LANDESVERBÄNDE ZUSAMMENGESCHLOSSEN.

MAN KANN PROBLEME NICHT WEGREDEN; SIE MÜSSEN GELÖST WERDEN. DESHALB INITIIERT UND UNTERSTÜTZT DAS NETZWERK GRÜNE LIGA SEIT SEINER GRÜNDUNG PROJEKTE UND AKTIVITÄTEN ZUM NATUR- UND UMWELTSCHUTZ. EINIGE BEISPIELE DAFÜR SIND: UMWELTERZIEHUNG MIT KINDERN UND JUGENDLICHEN, UMWELTBERATUNG, NATUR- UND ARTENSCHUTZ, PROJEKTE UND AKTIONEN ZUR ABFALL- UND VERKEHRSVERMEIDUNG, LANDSCHAFTSPFLEGE, FÖRDERUNG VON NACHHALTIGER REGIONALENTWICKLUNG, FÖRDERUNG DES SANFTEN TOURISMUS UND ZU LOKALEN AGENDEN. DIE GRÜNE LIGA SUCHT IN IHRER ARBEIT DAS ZUSAMMENGEGEHEN MIT GLEICHGESINNTEN MENSCHEN, INITIATIVEN UND VEREINEN.

## Impressum

Herausgeber und Verleger:  
Grüne Liga Brandenburg e. V.

Haus der Natur  
Lindenstraße 34  
14467 Potsdam

Tel.: 0331 - 20155 20

Fax: 0331 - 20155 22

libell@grueneliga-brandenburg.de  
www.grueneliga-brandenburg.de

Redaktion:

Melina Mirle, Christine Titel,  
Stefan Kuckuck, Michael Ganschow,  
Kathrin Fahrrenz Dipl.Fh Design  
Erscheinungsweise: quartalsweise

Preis: 1,00 Euro

bei Mitgliedern im Beitrag enthalten

Auflage: 1.000 Exemplare

Bankverbindung:

Inhaber: Grüne Liga Brandenburg e. V.

VR Bank Lausitz

IBAN

DE13 1806 2678 0200 0550 00

BIC: GENODEF1FWA

Namentlich gekennzeichnete  
Beiträge müssen nicht die Meinung  
der Redaktion wiedergeben.

Nachdruck und Weiterverbreitung  
der Texte nur mit vorheriger  
Genehmigung der Redaktion.